

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Siper (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniagl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgeb., bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Die bürgerliche Presse und der internationale Bergarbeiterkongress. Die Ausländerfrage — ein Stück Arbeiterfrage. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Migrationenbericht. — Sind die englischen Trades-Unions sozialdemokratisch? — Situationsberichte. — Eingelände. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Achtung, Maurer!

In Freiburg i. Br., Schwedt a. O. und Elbit befinden sich die Kollegen seit längerer Zeit im Auslande. In Danzig sind zur „besseren Bekämpfung“ des dort ausgebrochenen Zimmererstreiks die Maurer von der Arbeit ausgeschlossen worden. Ferner sind Lohnbifferenzen ausgebrochen in Wandsbek und Nordenhain.

Der Bezug ist von allen diesen Orten fernzuhalten. Der Vorstand.

Die bürgerliche Presse und der internationale Bergarbeiter-Kongress.

Die bürgerliche Presse aller Richtungen, vom schwärzesten Konservatismus bis zum blauen Demokratismus, hat in den letzten Wochen sich bemüht, den Verlauf des internationalen Bergarbeiter-Kongresses zu Berlin gegen die Sozialdemokratie, bezw. die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Deutschlands auszunutzen. Aus dem Umfange, daß die die Mehrheit auf dem Kongresse repräsentierende englische Delegation eine Anzahl Anträge, wie der der gesetzlichen Feststellung des Mindestlohnes, die Gastpflicht der Unternehmer u. abgelehnt hat, versuchen die Zeitungsschreiber der kapitalistischen Interessen zu folgern: Die Sozialdemokratie und mit ihr die „hohle Phrase“ von der internationalen Solidarität der Arbeiter habe eine „schwere Niederlage“ erlitten. Sie ergehen sich in den dümmsten Lobhudeleien auf „die praktischen Engländer“, die „von den Phantastereien der deutschen Sozialdemokratie nichts wissen wollen“, vielmehr geradezu für die „bestehende Gesellschaftsordnung“ eingetreten sein sollen.

Nun ist zunächst in's Auge zu fassen, daß es der deutschen Sozialdemokratie nicht im Entferntesten eingefallen ist, den durchaus gewerkschaftlichen Charakter des Kongresses irgendwie beeinflussen zu wollen. Im Gegenteil, die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie hat sich bemüht, diesem Charakter Rechnung zu tragen. Gegenüber der Behauptung bürgerlicher Blätter, man hätte von dieser Seite den Versuch gemacht, „den Kongress für die eigene Sache auszubenten“, bemerkt der „Vorwärts“ mit Recht:

„Sollte damit gesagt sein, daß die deutsche Sozialdemokratie als Glied der großen, kulturverschaffenden Arbeiterbewegung der zivilisierten Welt auch dieses zunächst rein gewerkschaftlichen Zwecken dienende Unternehmen als ein Glied der eigenen Sache zu fördern gesucht hat, so wäre nichts gegen den Inhalt des Gedankens einzuwenden. Allein das ist nicht gemeint. Und was gesagt sein soll, ist, daß die Sozialdemokratie den Bergarbeiter-Kongress in das politische Fahrwasser hineinzulenken und in das Schlepptau der politischen Partei zu bringen versucht hätte. Das ist aber eine frivole Verdächtigung, deren Unrichtigkeit durch die Thatfachen bewiesen wird.“

Zutreffend weist das hiesige sozialdemokratische

Organ, das „Hamburger Echo“, darauf hin, daß alle englischen Delegierten mit den übrigen einzig waren in dem erhebenden Bewußtsein und in der unumwundensten Anerkennung der internationalen Solidarität der Arbeit. In der wichtigsten aller zur Verhandlung gestandenen Fragen — welche die Hauptforderung des sozialdemokratischen Mai-Programms ausmacht — hat der Kongress ein gewichtiges Votum abgegeben: mit überwältigender Majorität hat er sich für den gesetzlichen Achtstundentag erklärt, während eine geringe Minorität glaubt, den Achtstundentag ohne Mitwirkung der öffentlichen Gewalt, durch die freie Initiative der Arbeiter erringen zu können.

Was an gegensätzlichen Meinungen sonst auf dem Kongress zu Tage getreten ist, kann die Bedeutung dieses imposanten Votums für den Achtstundentag, wie überhaupt für die internationale Solidarität der Arbeit, nicht im Geringsten beeinträchtigen. Ob z. B. die gesetzliche Feststellung eines Mindestlohnes zu erstreben sei, darüber gehen in der Arbeiterschaft aller Länder und auch in der sozialdemokratischen Partei die Ansichten weit auseinander. Die „Voss. Ztg.“ ist hoch erfreut darüber, daß die englischen Delegierten Einspruch gegen diese Forderung erhoben haben. Ja, ist denn das Blatt in der sozialdemokratischen Literatur so schlecht verwandert, daß es nicht weiß, wie oft und eingehend da ausgeführt ist, welche große Bedenkenlichkeiten die gesetzliche Feststellung des Arbeitslohnes für die Arbeiter hat? Es giebt eilige wirtschaftliche, bezw. sozialpolitische Fragen, welche die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu erörtern hat, worüber die Ansichten noch mehr oder weniger auseinandergehen. Das ist durchaus erklärlich bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, unter deren Einfluß sich das Urtheil bildet. Aber sicherlich beweist dieser Umstand nicht, daß ein Mangel an Solidaritätsgefühl vorhanden ist, und ebensowenig, daß der „doktrinaire Sozialismus der festländischen Sozialdemokratie“ eine „Schlappe“ erlitten habe.

Auch darüber hat die bürgerliche Presse ihrer „Genüthung“ Ausdruck gegeben, daß die Delegierten des „Inferno“ nur für den Fall, daß den Arbeiter nicht nachweisbar die Schuld treffe an einem Unfall, die Gastpflicht des Unternehmers anerkennen wollten. Nehmen die englischen Delegierten etwa aus „Liebe zu den Unternehmern“ diesen Standpunkt ein? Oder im Sinne der Rechtsbegriffe des Kapitalismus? O nein! Dieser Standpunkt findet seine Erklärung offenbar lediglich in dem Bestreben der englischen Bergarbeiter-Organisationen, die Konkurrenz der sogenannten „ungelehrten“ Arbeiter zu besseitigen. Sie sagen den Unternehmern: Beschäftigt nur gelehrte Leute, die ihren Beruf gründlich verstehen und den drohenden Gefahren zu begegnen wissen — dann wollen wir für selbstverschuldete Unfälle auch selbst einstehen.“ Ob das anzuerkennen ist, darüber läßt sich streiten, aber ganz gewiß ist dieser Standpunkt, so „konjunktiv“ er erscheinen möge, nicht im Sinne des Kapitalismus, welchem es auf rücksichtslose Ausbeutung der möglichst billigsten Arbeitskraft ankommt. Gegenüber den kapitalistischen Interessen wollen die organisierten englischen Bergarbeiter sich eine möglichst gute Existenz sichern. Das Mittel dazu mag als ungeeignet erscheinen, aber der Zweck, die Tendenz ist gänzlich darnach beschaffen, den Zübel der kapitalistischen Presse zu rechtfertigen.

Sollen wir die bürgerliche Presse daran erinnern, daß die gesetzliche Unfallentschädigungspflicht der Unternehmer in Deutschland, welche bekanntlich auf alle Unfälle sich erstreckt, nach den Rechtsbegriffen des „Liberalismus“ konstruiert ist? Die Sozialdemokratie greift weit darüber hinaus, indem sie die allgemeine einheitliche Arbeiterversicherung erstrebt, zu welcher jeder Staatsbürger nach Maßgabe seines Einkommens bezw. Vermögens beizutreten hat. Viel größeres Gewicht, als auf die Versicherung selbst, legen wir auf wirtschaftliche bezw. sozialpolitische Reformen, welche, wie insbesondere der Achtstundentag, geeignet sind, Gesundheit und Leben der Arbeiter zu schützen. Und da treffen wir wieder zusammen mit dem innersten Denken und Fühlen der englischen Kongressdelegierten.

Nach der Auslassungen bürgerlicher Blätter sind die organisierten englischen Arbeiter ihren eigenen Rechten und Interessen noch feindlicher wie die Unternehmer! Wahre „Muster“ von „vernünftigen“ und „braven“ Arbeitern im Sinne der Kapitalisten! Wer die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung kennt, weiß, was von solch dummer Heuchelei, die lediglich bezweckt, der Sozialdemokratie „Eins anzuhängen“, zu halten ist. Erst einige Monate sind verfloßen, seitdem die bürgerlichen Blätter Deutschlands jammerten und schimpften über die „unbeschränkte Freiheit“, welche die englischen Bergarbeiter verleihe, in „unfagarber Verblendung“, durch Streiks, verbunden mit roher Gewaltthat, „Elend über das ganze Land zu bringen.“

Diese Blätter entblödenen damals sich nicht, zu erklären: Die Ereignisse beim englischen Kohlenarbeiter-Streik müßten den „maßgebenden Kreisen“ in Deutschland die Erwägung nahe legen, ob nicht eine „Reform“ des Koalitionsrechtes vorzunehmen sei, um dem „Mißbrauch“ desselben durch die Arbeiter nach dem in England gegebenen Beispiel vorzubeugen!!! Dieselben Blätter setzten auseinander, daß die englische Gewerkschaftsbewegung „leider“ immer revolutionärer und zu einer „Gefahr für die bestehende Ordnung“ werde.

Und heute? Heute wagt es diese „Ordnungs-“ bresse“, die englischen Arbeiter in lignerischer und heuchlerischer Weise als „Muster“ gegen die Arbeiter des eigenen Landes auszuspielen, die man vor einigen Monaten wider den Einfluß der von Ersteren gegebenen „bösen Beispiele“ gläubig in Schutz nehmen zu müssen!

Welche Wandlung nach dem jesuitischen Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel! Das ist die Presse, die den Beruf zu haben glaubt, das Bürgerthum zu „belehren“ über die Arbeiterbewegung. Wir ereifern uns nicht darüber, wenn dasselbe glaubt, was jene ihm vorschwindelt: die Sozialdemokratie habe auf dem Bergarbeiterkongress eine „ernste Niederlage“ erlitten und — wie die „Voss. Ztg.“ sich ausdrückt — die „Fabel“ von der Solidarität des internationalen Proletariats sei „in Nichts zerfloßen“, denn dem „praktischen Sohne Old Albions“ fehle es an „aller Neigung für die Zukunftsmissit“. Und nur ein mildes Lächeln haben wir für die Mahnung der bürgerlichen Blätter, der deutsche Arbeiter möge sich richten „nach dem Muster der in der Achtung vor Recht und Gesetz groß geordneten britischen Arbeiterwelt.“ Her mit dem englischen Recht! Her mit der Koalitionsfreiheit, welche die englischen Arbeiter gesehen! Weg mit allen Gesezen, welche den deutschen Arbeiter hindern, es auf dem Gebiete des Koalitionswesens den eng-

lischen gleich zu thun! Die Sozialdemokratie fordert: Sicherstellung des Koalitionsrechts als unerlässliche Vorbedingung für eine gedeßliche Entwicklung der Arbeiterkoalition. Wollen die herrschenden Parteien die Hand dazu bieten? ... Ein Narr nur wartet auf Antwort!

Uebrigens verweisen wir auf den an anderer Stelle unseres Blattes befindlichen Artikel: „Sind die englischen Trades-Unions sozialdemokratisch?“ worin des Weiteren gezeigt wird, wie die bürgerliche Presse vor dem internationalen Bergarbeiter-Kongress über die englische Gewerkschaftsbewegung dachte und schrieb.

Die „Ausländerfrage“, — ein Stück Arbeiterfrage.

Die republikanischen Politiker der Vereinigten Staaten erwarten von ihrer Anti-Einwanderungs-Politik nicht nur die Bundesgenossenschaft der Arbeiter im Kampfe um die politische Herrschaft, sondern auch, daß dadurch die Ausbreitung der Sozialdemokratie, die Bildung einer selbstständigen, starken Arbeiterpartei verhindert werde. Unsere Parteipresse in den Vereinigten Staaten läßt es nicht an Bemühungen fehlen, die Arbeiter über das demagogische Spiel, das da mit ihnen getrieben wird, aufzuklären. Sie hat gegenüber dem Beschränkungsprojekt von Anfang an mit größter Entschiedenheit den sozialistischen Standpunkt vertreten. Auf die Frage „was halb?“ gab unser New-Yorker Parteioorgan, die „Volkszeitung“, folgende Antwort:

1. Weil wir, als Sozialisten, in erster Linie die Entwicklung der Verhältnisse mit allen Mitteln zu fördern haben und nichts unterstützen dürfen, was ihr Hemmend in den Weg tritt. Denn „Entwicklung der Verhältnisse“ ist für uns gleichbedeutend mit: „Fortschritt in der Richtung zum Sozialismus“. Die Förderung der Augenblicksinteressen der Arbeiterklasse kann erst in zweiter Linie unsere Aufgabe sein, und nur insoweit sie jener ersten Tendenz nicht entgegentritt.

Selbst wenn also von den besagten Männern unserer Politiker eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erwarten wäre — was nicht der Fall ist — dürften wir dieselben dennoch nicht unterstützen, weil die Behinderung der Einwanderung eine politische und ökonomisch reaktionäre Maßnahme sein würde. Vollständige Freizügigkeit gehört nicht nur seit Langem zu den wesentlichen Forderungen internationaler politischer Freiheit, sondern sie ist auch eine der Grundbedingungen für die Fortentwicklung der modernen ökonomischen Verhältnisse. Zunächst freilich im Interesse der Kapitalisten. Aber das Schicksal theilt sie mit vielen anderen not-

wendigen Entwicklungsfaktoren, welche schließlich alle miteinander — und doch — nur zum Sozialismus führen helfen.

2. Eben weil unser kapitalistisches Wirtschaftssystem die unbeschränkte Freizügigkeit (Einwanderung) zu seiner Weiterentwicklung notwendig braucht, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß unsere Politiker, die Diener dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, mit ihren Mandatären gegen die Einwanderung es überhaupt nicht ernst meinen, sondern nur Demagogie treiben. Im Augenblick, wo unsere Kapitalisten der Einwanderung — d. h. freier billiger Arbeitskräfte — wirklich bedürfen, wo also die Anti-Einwanderungs-Maßnahmen anfangen würden, den einheimischen Arbeitern allenfalls von Nutzen zu sein, in dem Augenblick wird das Gesetz sicherlich widerrufen, oder es werden die Mittel ausfindig gemacht, dasselbe zu umgehen und die Arbeiter — sind wieder einmal die Geleiteten! —

Diese Auslassungen entsprechen durchaus den Grundfäden, welche die Sozialdemokratie in der „Ausländerfrage“ geltend zu machen und zu befolgen hat.

Der internationalen Konkurrenz der Arbeiter ihre verderbliche Schärfe zu nehmen und die „Ausländerfrage“ zu lösen, dazu giebt es in erster Linie nur ein Mittel, die internationale Arbeitsgesetzgebung, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß Arbeiter, statt entschieden für die Erfüllung dieser Forderung einzutreten, alles Ernstes gesetzliche Maßnahmen gegen die Einwanderung neuer Arbeitskräfte verlangen, — und das hier und da sogar unter Berufung auf den Sozialismus, indem sie als Vertreter der Sozialdemokratie sich gerieren. Diese ist prinzipiell verpflichtet, allen derartigen Bemühungen, welche der internationalen Solidarität der Arbeiter zuwiderlaufen, entschieden entgegenzutreten.

Schlimmeres könnte dem um Befreiung von der Kapitalherrschaft ringenden Proletariat nicht widerfahren, als wenn die verschiedenen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfenen Länder, die thatsächlich im Wesentlichen nur ein einziges, einheitliches Produktionsgebiet bilden, sich boneinander rücksichtslos der Fluktuation der Arbeitskräfte grundsätzlich abschließen würden. Denn läßt man das Prinzip der Freizügigkeit für die Arbeitskraft fallen, so kann es auch keine Geltung für ihr Produkt haben; der Freihandel muß aufgegeben werden.

Ein solcher Zustand würde nur für ganz kurze Zeit denkbar sein, vorausgesetzt, daß die Macht des kapitalistischen Interesses es dazu kommen ließe. Aber das ist nicht anzunehmen.

Das große Ziel, das die Arbeiter in's Auge zu fassen haben, ist nicht Regulirung der kapitalistischen

Produktionsweise, sondern Beseitigung derselben. Soweit von regulirenden Eingriffen zu Gunsten der Arbeiter (wie durch die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung) die Rede ist, können sie immer nur als solche erachtet werden, die das Uebergangsstadium zur sozialistischen Produktion erleichtern. Aber Maßnahmen, wie die in Amerika geplanten, können dieses Uebergangsstadium nur erschweren.

In den Vereinigten Staaten regiert eine gewissenlose Plutokratie, die durch Ausbeutung ungemessener Arbeitskraft aus allen Kulturländern sich entwickelt hat. Wer den Charakter dieser Macht kennt, der kann nicht glauben, daß dieselbe geneigt sei, den Arbeitern etwa welche Vortheile, die sich für sie aus der Einwanderungsgeschäftlichkeit ergeben könnten, zu gewähren. Sie wird die Arbeiter nicht dazu kommen lassen, vermittelst ihrer gewerkschaftlichen Organisation die Ausbeutungsfreiheit des Kapitals einzuschränken. Und doch müßte das geschehen, wenn die demagogisch verheißenen Segnungen der geplanten Maßnahme eintreten sollten.

In allen Kulturländern, auch in Deutschland, hat der Kapitalismus zeitweilig aus politischen Rücksichten, im eigenen Interesse, den Arbeitern Zugeständnisse gemacht. So das Zugeständnis der Koalitionsfreiheit. Von dem Augenblicke an aber, wo die Arbeiter begannen, davon ernsthaft Gebrauch zu machen, hat der mit der Staatsmacht verbündete Kapitalismus immer und überall Mittel genug gehabt, diese Freiheit zu unterdrücken, ihre praktische Verthätigung zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Es giebt keine schlimmere, keine niederträchtigere Demagogie, wie die des Kapitalismus. Er spricht von Freiheit und Glück der Massen und praktizirt die Knechtschaft und das Unheil.

Haben denn die amerikanischen Arbeiter die Lehre von Homestead schon vergessen? Richter war's wohl, anzunehmen, sie hätten aus den Homestead Vorgängen überhaupt keine Lehren gezogen.

Leider haben nur die in der Minderheit befindlichen sozialistischen Arbeiter der Vereinigten Staaten Verständnis für die Thatsache, daß die stolze Republik unter dem Sternbanner sich mit einer Versündigung der Arbeiter-Einwanderung grüßlich verständigend würde gegen die europäische Kultur. Was jene Republik darstellt, das ist das große Werk der Intelligenz und Arbeitskraft, welche Europa in ungemessenen Fülle geliefert hat. Die amerikanische Nation ist ein Völkertonglomerat ausgeprägt internationalen Charakters; ihr natürlicher Beruf ist, der Kultur-Solidarität bestmöglichten Ausdruck zu verleihen. Aber leider ist die stolze Republik davon noch weit entfernt. Ehedem priesen ihre Väter es als ein Glück für das Land, daß Auswandererströme sich dorthin lenkten; jetzt

Der Anarchismus, seine Theorien und Gesichte. *)

Unter den Volksebewegungen dieses Jahrhunderts scheint von Zeit zu Zeit die anarchische eine größere Bedeutung zu erlangen; periodenweise steigt sie im Vordergrund der politischen Erörterungen, um dann wieder ebenso plötzlich fast völlig zu verschwinden. Dazwischen dagegen war und ist ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung und zwar ein dauernd schädlicher, nicht nur, weil die Verwirklichung ihrer Theorien die Behinderung der Arbeiterklasse zur Unmöglichkeit machen würde, nicht nur, weil dieselben die Arbeiter von dem Wege ablenkt, auf dem allein sie ihr Ziel erreichen können: der wohlüberlegten Organisation, sondern weil die Art und Weise, in der die Anarchisten ihre Anschauungen verbreiten wollen, den Feinden des Arbeiterwohls die beste Möglichkeit giebt, mit allen Mitteln der Gewalt, der List und des Betruges die Volksmassen noch mehr zu verblenden. Bei der großen Rolle, welche der Anarchismus jetzt wieder als Gemüth der Arbeiterbewegung spielt, ist es notwendig, nicht nur seine Grundzüge, sondern besonders seine Gesichte eingehend zu erörtern, um dieses Gemüthe von gut-herziger Thorheit und nichtswürdiger Schurerei recht klarzulegen.

Theoretisch begründet wurde der Anarchismus in der Mitte dieses Jahrhunderts; als phantastische Vorstellung spukt er seit den ältesten Zeiten in den Köpfen der Menschheit. Gegenüber dem Zwang, den der politische wie wirtschaftliche Druck auf die Regten Dorer, die nicht Hammer, sondern Ambos sind, ausübt, welche als Gegenströmung der Wuth, durchaus frei, unabhängig, von keiner Kette irgendwelcher Art gelöst, leben zu können. Das Recht des Einzelnen, des Individuums, soll zur Geltung kommen, keine Herrschaft, sondern nur die Herrschaftsfreiheit, die Anarchie, die die Willern die Möglichkeit, glücklich zu leben. Möge die Herrschaft ausgeübt werden von einer Person, einem Monarchen, oder von der Mehrheit der Bevölkerung, wie in der Republik, oder von dem Ansehen, der Achtung, Autorität, die eine Person oder ein Gesetz genießt, — jede dieser „Vergewaltigungen“ des Individuums wird vom Anarchismus bekämpft.

Recht ist, sagt er, was jeder Einzelne für Recht hält; es gebe kein Bündniß irgend welcher Art, das länger zu bestehen brauche, als die vertragsschließenden Theile es wollen. Auch

keine Verpflichtung zur Arbeit soll bestehen, kein Zwang gegen Denjenigen geltend gemacht werden können, der nicht arbeiten will. So wie der Despot sagt: Des Herrschers Wille ist das höchste Gesetz, so sagt der Anarchist: Jeder soll seiner Willen als allein maßgebend betrachten können. Bei Weiden ist das Individuum der Tyrann, der auf die Anderen nur soviel Rücksicht nimmt, als er nehmen muß, wenn er nicht zu Grunde gehen will. Es erscheint geradezu selbstverständlich, daß diese Ungehörigkeit zu dem wahnsinnigen Kriege aller gegen alle führen muß, der an Unschickseligkeit bei Weitem den Zustand übertrifft, der heute herrscht, wo zwar nicht alle, sondern nur die besitzende Klasse ihren Willen als höchstes Gesetz zum Ausdruck bringen kann. Mein, sagen die Anarchisten, dieser Kampf ist nur möglich, so lange nicht alle Menschen frei sind, sondern irgend einer Herrschaft unterworfen; beseitigen wir erst die letztere, das Anarche wird sich finden und Jeder ohne Zwang, das Rechte thun.

Die Beseitigung der Herrschaft einer Regierung oder eines Gesetzes oder einer Autorität soll also bewirken, daß die Menschen sofort zu Engeldengeln werden, die ohne irgendwelchen Zwang das Rechte thun — ein Traum, der an die Phantasien der Offenbarung Johannis erinnert, welche ja auch annimmt, daß mit dem Augenblicke, da das taubendjährige Reich beginnt und Jesus wieder auf Erden erscheint, nicht nur die Menschen, frei von jeder bösen Leidenschaft sein werden, sondern sich sogar die Bestien in zahme Sausthiere verwandeln. Diese mythische Wahnvorstellung liegt auch der anarchischen Theorie im Allgemeinen zu Grunde; im Einzelnen macht sich das „Recht des Individuums“, sich nur um seinen Willen zu kümmern, auch darin geltend, daß es fast so viele anarchische Theorien giebt, als denkende Anarchisten, und nicht wenige derselben haben nicht eine Theorie, sondern mehrere.

Schon der Vater des modernen Anarchismus, Proudhon, *)

*) Pierre Joseph Proudhon, am 15. Juli 1809 zu Besancon als Sohn eines armen Handwerkers geboren, wurde Schriftsteller und bildete sich durch Selbstunterricht weiter. Die Akademie zu Besancon gab ihm 1827 für eine Schrift: „Betrachtung einer allgemeinen Grammatik“, einen jährlichen Geldzuschuß, den sie ihm 1840 entzog, als er die Schrift: „Was ist das Eigenthum?“ (Besancon, 1840, deutsch in Bern 1844) herausgab. Inzwischen hatte Proudhon in Besancon eine Druckerei begründet. Unter den zahlreichen Schriften, die Proudhon noch herausgab, ist die wichtigste: „System der wirtschaftlichen Verhältnisse“, oder: „Die Philosophie des Geldes“ (Paris, 1846), welche Karl Marx 1847 mit einer vernichtenden Kritik: „Das Uebel der Philosophie“, beantwortete. 1848 wurde Proudhon

vieler zahlreiche Beispiele für den Wirtwar, der auf dem Ge- biete des theoretischen Anarchismus *) vorhanden ist. Das Wort „Anarchie“ wurde zuerst von ihm als Bezeichnung eines zu erstrebenden Gesellschaftszustandes gebraucht, und zwar in seiner 1840 herausgegebenen Schrift: „Qu'est ce que la propriété? — Was ist das Eigenthum? oder: Untersuchungen über die Grundlage des Rechts und der Regierung.“ Proudhon beantwortete diese Frage mit der Erklärung: „Das Eigenthum ist der Diebstahl.“

Schon 1780, also 60 Jahre vor Proudhon, hatte Brissot, der eifrige Wortkämpfer der französischen Revolution, in seinen „Philosophischen Untersuchungen über Eigenthum und Diebstahl“ das ausschließliche Eigenthum einen Diebstahl genannt, den Besitz, das wahre, das heilige Eigenthum“ und den auf das Bedürfnis gegründeten Diebstahl als gerechtfertigt erklärt. Proudhon sagt, der Eigenthümer ist in den Stand gesetzt, und zwar durch sein Eigenthum, das seine Mitwirkung bei der Produktion unentbehrlich macht, sich einen Theil des vom Arbeiter geschaffenen Produkts ohne Äquivalent anzueignen. „Er erntet, wiewohl er nicht säet, er verzehrt, wiewohl er nicht produziert; er genießt, wiewohl er nicht arbeitet.“ Das Eigenthum gebe Veranlassung zum Diebstahl, der Eigenthümer werde zum Dieb und — „Eigenthum ist Diebstahl.“ Nur durch die Anarchie könne dies anders werden. Jede bisherige staatliche Ordnung habe nur dazu gebietet, den ungerechten Zustand zu erhalten, daß der dem Arbeiter gezahlte Lohn nicht einen eben so hohen Werth besäße wie die geleistete Arbeit, mithin ein für den Arbeiter ungünstiger Tausch stattfinde. Als frei und gerecht könne aber nur derjenige Tausch bezeichnet werden, bei dem die ausgetauschten Werthe gleich sind. Sind sie es nicht, so wird der Tausch nie ein freiwilliger sein, sondern ein unwillkürlicher, durch die Herrschaft, die Regierung erzwingener. Mithin müsse diese beseitigt werden, Jeder seinen eigenen Neigungen folgen können, Jeder arbeiten, was, wann, soviel ihm beliebt. Dieser Zustand sei nur, bei Abwesenheit jeder souveränen Gewalt zu erreichen, auch einer solchen, bei der die Mehrheit der Bürger die Regierung bilde. Nichts soll über den Menschen herrschen als seine eigene Vernunft oder sein eigenes Gefühl, das „Prinzip des Mutualismus“.

Zu der 1864 erschienenen Verhandlung Proudhon's „Neben Angeordnet, gründeter 1849 eine Volkshaus mit jährlchem Kredit auf Eigenleistung, wurde 1860, noch ehe dieses Institut in's Leben treten konnte, wegen Preisverhöhung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, noch, letzte bald wieder zur Welt, wurde abermals verurtheilt, noch nach Belgien, letzte 1860 als Amme- nitter nach Paris zurück und nach am 19. Januar 1865 in Paris.

*) Aus Heft 5 des vom Genossen E. Barm, Mitglied des Reichstages, herausgegebenen, im Verlage von W. G. L. & Co., Nürnberg, erscheinenden „Bolschewik“ (alle 14 Tage ein Heft à 3 Bogen, Preis des Heftes 20 A.), welches wir unseren Lesern zur Anschaffung bestens empfehlen.

kann ihr Präsident es wagen, das brutale Wort zu sprechen:

Der Gesellschaft der Beschäftigungslosen, welche jetzt ihre häßigen und drohenden Paraden in den Straßen ausländischer Städte hält, sollte nicht erlaubt werden, ein amerikanisches Domizil zu erwerben."

So treibt eine kapitalistische Gesellschaftsordnung mit der ehrlichen Arbeit ihr veruchtes Spiel. Statt gründliche wirtschaftliche und soziale Reformen vorzunehmen, erklärt man den Arbeitern Europas, daß sie kein Recht mehr haben sollen, in demselben Lande Brot zu suchen, das ihre Vorfahren mit ihrem Schweiß und ihrem Blute gebackt haben. So will Amerika seinen Dank an Europa abzahlen, aus dessen Völkern seine Staaten gebildet wurden, dessen Kraft es groß gemacht hat.

Würden wir gewisse praktische Erwägungen über die Prinzipien sehen, wie gegen das Sozialdemokrat, gar keinen Grund, uns gegen das Projekt der Einwanderungsbeschränkung zu wenden. Denn wird dasselbe verwirklicht, werden auf diese Weise Hunderttausende gezwungen, in Deutschland zu bleiben, wo man ihnen keinen so menschenwürdigen Dasein ausreichenden Erwerb bieten kann, so ist es selbstverständlich, daß die wirtschaftliche und soziale Situation eine immer kritischer wird, und mit immer zwingender Gewalt zur Auflösung der bestehenden Gesellschaft treibt.

Aber diese praktische Erwägung kann für uns nicht maßgebend sein, wo prinzipielle Grundzüge gebieten, in deren Erfüllung sich der Untergang der Kapitalherrschaft für alle Kulturstaaten begreift.

Dieser Grundzüge hat auch der letzte internationale Kongreß der Sozialdemokratie in Brüssel Rechnung getragen, indem er den gewerkschaftlichen Organisationen die Aufgabe zuwies, in die internationale Konkurrenz der Arbeiter nach Möglichkeit vermittelnd und regelnd einzugreifen. Der Kongreß faßte diesbezüglich folgende Resolution:

I. Der Kongreß, der an den vom Brüsseler Kongreß gefassten Beschlüssen, betreffend die Organisation der Gewerkschaften, festhält, ist die Pflicht der Arbeiterklasse, sich nach Berufsgruppen zu organisieren, nachdrücklich betont, daß die industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Arbeiter die Obliegenheit haben: 1. Berufsvereine zu bilden, um ihre Berufsinteressen zu verteidigen, ihre Interessen und der kapitalistischen Ausbeutung Widerstand leisten zu können; 2. die Gewerkschaften eines und desselben Berufes, deren Interessen identisch sind, überall wo dies möglich ist, Landesverbänden zu vereinigen; 3. durch Verknüpfung der Landesverbände einen internationalen Verband der organisierten Berufe zu bilden, um die Organisation

der verschiedenen Länder zu einem festen Bund zu vereinigen; 4. die Gewerkschaften aller Berufe überall wo dies möglich regional, national und international zu organisieren, damit in den Lohnkämpfen die Arbeiter aller Korporationen geschlossen und im Einverständnis handeln; 5. durch die vom Brüsseler Kongresse beschlossenen Arbeitsekretariate, deren Funktion gesichert werden muß, von Land zu Land gegenseitig zu verkehren und wenn nötig durch internationale, mit der Aufgabe betraute Arbeitsekretariate den Landesverbänden alle die einzelnen Korporationen besonders berührenden Nachrichten zu übermitteln; 6. durch die Initiative der Arbeiter oder Intervention der öffentlichen Gewalten überall, wo keine Arbeitsekretariate bestehen, solche zu gründen, damit die Arbeiter sowohl leichter Beschäftigung finden, als auch leichter den Gewerkschaften beitreten können; 7. für jeden Beruf besondere internationale Kongresse abzuhalten, um daselbst die verschiedenen Verbände eigenen Fragen zu behandeln; 8. die Arbeiter aller Organisationen ohne Unterschied der Rasse und der Berufe zu einer kompakten Masse zu gruppieren, um für die politische Tätigkeit, im Kampfe gegen den Kapitalismus eine genügende Macht zu besitzen, um die vollständige Emanzipation des Proletariats zu sichern.

II. Was speziell Amerika und Australien betrifft: In Erwägung, daß die Entwicklung des Kapitalismus in diesen ausgedehnten Ländern ein Stadium erreicht hat, wo die rein ökonomische Organisation der Arbeiterklasse absolut ohnmächtig werden wird, wenn sie nicht sofort durch die politische Aktion auf der Grundlage der internationalen sozialistischen Bewegung ersetzt wird; in Erwägung ferner, daß deren wachsende Bedeutung in der ökonomischen Welt, wie auch der kosmopolitische Charakter dieser beiden Länder zur Lebensfrage werden für die Existenzbedingungen des europäischen Proletariats und den Fortschritt der sozialen Revolution; — verlangt der Kongreß mit Nachdruck, daß die Arbeiterorganisationen Amerikas und Australiens sich nicht nur mit den betreffenden europäischen Organisationen in Verbindung setzen und abgezeichneten Plan, sondern daß sie namentlich sich lösen von den politischen Bourgeoispartei und ebenfalls große sozialistische Arbeiterparteien bilden und damit mit ihren Brüdern Europas zur Befreiung der Arbeiterklassen streiten.

III. Endlich (auf Antrag der italienischen Delegation) in Bezug auf die Konkurrenz der fremden nichtorganisierten Arbeiter: Es ist notwendig, daß in Ländern, in welchen die von der Konkurrenz der eingewanderten, den Gewerkschaften nicht angehörenden Arbeiter verursachten Uebel fühlbar sind, die sozialistischen Parteien und Arbeiterverbände daran arbeiten, die Propaganda der Organisation des Pro-

letariats und der internationalen Solidarität zu verbreiten, sowie daß die sozialistischen Parteien und die Verbände der Gewerkschaften der erwählten Nationen sich um jede Verwirklichung und Hilfe, sei es direkt, sei es durch Vermittelung der nationalen Arbeitsekretäre, wo solche bestehen, an die zentralen Vertretungen der Verbände, und entsprechenden Parteien der Länder, von welchen die Einwanderung herrührt, wenden."

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Krankenkassenwesen. Eine Versammlung von Mitgliedern der Berliner Krankenkassen vorstände tagte am 24. Mai, um zur Frage der Wählung einer freien Vereinigung (Verband) der Krankenkassen, welche seit langem angeregt ist, Stellung zu nehmen. Die Versammlung, in welcher 83 Deuts., 4 Belgier, 3 Jünglinge, und 2 freie eingeschriebene Hilfskassen sich hatten vertreten lassen, war einberufen von dem am 12. Juli v. J. niedergesetzten Einwohnungs-Kommission. Neben dieser Kommission besteht noch eine Kommission für Zentralisation, das heißt für Verfestigung der Ortskrankenkassen, welche seit längerer Zeit eine lebhafteste Agitation entfaltet. Während die der Kommission von der Ansicht ausgeht, daß ein Verband eher zu Stande kommen werde als die Zentralisation und auch, falls diese überhaupt zu Stande kommen sollte, immer noch vortrefflich sein würde, ist die andere Richtung der Meinung, daß ein Verband nur der Übergang zur Zentralisation darstellte und dieselbe nur aufhalten würde. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der Anhänger beider Richtungen wurden auch in dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht, doch entschied sich dieselbe mit großer Mehrheit im Prinzip für einen Verband und beantragte die Einwohnungs-Kommission mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Statuts. Der Verband soll u. a. erstreben: Verbilligung der Arzneikosten, Abwehr der Geisteskranken der Armenverwaltung, Bekämpfung des Simulantenbetrugs, Gewinnung von Einfluß auf die Krankenhäuser und auf die Grund der sozialen Gesetzgebung vorzunehmenden Maßnahmen.

* Ein beachtenswerthes Urteilst fällt der Fabrikinspektor von Weiningen in seinem jüngsten Bericht. Er schreibt: Die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiterbevölkerung des Reichsgebietes kann infolge der regelmäßigen und lohnenden Beschäftigung, sowie der im Ganzen unverändert gebliebenen Preise für Lebensmittel, Wohnung und Kleidung auch im vergangenen Jahre als befriedigend bezeichnet werden. Der Arbeitsverdienst ist zur Erhaltung einer stehenden und ordentlichen Familie, besonders wenn jedes Mitglied derselben nach Kräften mitzuhelfen bestrebt war, durchaus ausreichend und von einem Wohlstande nirgends etwas zu bemerken gewesen."

Also wenn jedes Mitglied derselben (der Familie) nach Kräften mitzuhelfen bestrebt war, dann war von einem Wohlstande nichts zu bemerken. Was heißt das anders, vorausgesetzt, daß es allen Familienmitgliedern gelingt, Arbeit zu erlangen, als, daß alles Familienleben aufhört. Wie müssen denn Jahr aus Jahr in die Fremde für Arbeit, mit der äußerste Notstand abgehalten wird.

* Fortbildungsschulwesen. Die Kammer der Abgeordneten in Stuttgart nahm gestern bei der Endabstimmung mit allen gegen eine Stimme die Volksschulgesetznovelle an, in welcher festgelegt ist, daß der obbligatorische Fortbildungunterricht an Werktagen abgehalten werden und täglich 80 Stunden für die männliche Jugend betragen soll. — Das Gesetz unterlag den Fortbildungsschülern den Betriebsausbesuch.

die politische Mündigkeit der Arbeiterklasse" heißt es: „Das französische Wort mutual, das gleichbedeutend ist mit Gegenseitigkeit, kommt vom lateinischen mutuum, welches (Brauch) Darlehen, und in einem weiteren Sinne Tausch bedeutet. Man weiß, daß beim Verbrauchdarlehen der geliehene Gegenstand vom Entleiher konsumiert wird, der nur ein Gleichwertiges, sei es derselben Art, sei es unter irgend einer anderen Form zurückgibt. Angenommen, daß der Darleiher seinerseits Entleiher wird, so hat man ein gegenseitiges Darlehen und infolgedessen einen Tausch.

Dienst um Dienst, Produkt um Produkt, Darlehen um Darlehen, Versicherung für Versicherung, Kredit für Kredit, Bürgschaft für Bürgschaft, Sicherheit für Sicherheit usw. Das ist das Gesetz; es ist eine Art ungerichteter Anwendung des antiken Vergütungsrechtes: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Leben um Leben, seine Übertragung aus dem Kriminalrecht und der römischen Praxis der Blutrache auf das ökonomische Recht, die Werke der Arbeit und die guten Leistungen der freien Willkürlichkeit. Aus diesem ergeben sich alle Institutionen des Mutualismus: gegenseitige Versicherungen, gegenseitiger Kredit, gegenseitige Unterweisungen, gegenseitiger Unterricht, sowie gegenseitige Verbürgung des Ablasses, des Tausches, der guten Beschaffenheit und des gerechten Preises der Waaren usw. Das ist es, woraus der Mutualismus, mit Hilfe gewisser Institutionen ein Staatsprinzip, ein Staatsgesetz, ist würde sogar sagen, eine Staatsreligion machen will, deren Praxis den Bürgern so leicht wird, wie sie ihnen verheißt ist, die weber Polizei, noch Unterdrückung, noch Zwang erforderlich ist, und in keinem Fall für irgend Jemand eine Ursache der Täuschung und des Mißtraus werden kann."

Wie aber soll dieser Zustand erreicht werden? Zwei Dinge sind dazu notwendig. Erstens, daß die arbeitende Gesellschaft zu jenem Grade industrieller und ökonomischer Moralität (Sittlichkeit) gelange, daß sich alle der ihnen ausgedehnten Gerechtigkeit unterwerfen, ohne Rücksicht auf die Ansprüche der Einzelnen und der Persönlichkeit, auf Titel, Rang, Stellung, Ehrenauszeichnung, Berühmtheit, mit einem Wort den Meinungsrichtung. Nur die Mündigkeit des Produkts, seine Beschaffenheit, die Arbeit und die Kosten, die es erfordert, dürfen hier in Rechnung kommen. Zweitens muß die Arbeiterdemokratie die Frage in die Hand nehmen. — Spreche sie sich aus, und der Staat, das Organ der Gesellschaft, wird unter dem Druck ihrer Meinung handeln müssen. Wenn die Arbeiterdemokratie, aufzubei damit, in den Werkstätten zu agitieren, die Bourgeois anzugreifen, und sich in nutzlosen Wahlen aufzuspielen, zu den Angriffen der politischen Oligarchie, welche diejenigen der Revolution sind, sich gleichgültig verhält, so möge sie wissen,

daß sie ihre Pflichten verkehrt und eines Tages vor der Nachkommenschaft gerichtbar werden wird."

Man sieht, in welch vollkommenen Widerspruch sich der Vater des Anarchismus bewegt. Erst fordert er Befreiung jeder Regierung, Herrschaftslosigkeit, kann erklärt er, daß der Staat, das Organ der Gesellschaft, unter dem Druck der anarchischen Arbeiter deren Willen vollziehen soll.

Solche Widersprüche sind bei Proudhon nichts Seltenes. Proudhon? so urteilt E. G. (reutlich) im „Führer für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, herausgegeben von Dr. Ludw. Richter, I, 1879, S. 6. Proudhon, Verfasser von „Körber, besaß eine wahre Manie, das was er in einem Buche und allem Aufwande einer blendenden Rhetorik aufstellte und begründete, im nächsten Buche mit demselben Aufwande wieder zu verneinen und an seine Stelle etwas Anderses zu setzen. Und Proudhon hat viele Bücher geschrieben, kein Wunder, daß er solche Verwirrung anrichtete. Proudhon fordert außerdem, daß die arbeitende Gesellschaft zu wahrhaften Tugendengeln werde, indem sie alle freiwillig der Gerechtigkeit unterwerfen. Und dem „sozialen Willen und der Macht der Kollektivität“ (Gesamtheit) schreibt Proudhon noch die wichtigste Aufgabe zu: die Verhütung der „Arbeiten“ d. h. die Abbe des Normallohnes zu bestimmen. Als Mittel, das erstrebte Ziel zu erreichen, betrachtet er die Propaganda, die Ausbreitung der Ansichten, die schließlich friedlich oder gewalttätig zum Ziele führen werde. Dabei ist er aber ein Gegner der Koalition der Arbeiter und der Streiks; er behauptet: Die Erhöhung der Abbe und die Verhütung der Arbeitszeit führen nur zur allgemeinen Verelendung. Ja, Proudhon macht den Arbeitern Vorwürfe, daß sie durch ihre Forderungen die Mittelklasse vernichten. „Die Arbeiterklasse, in deren Schooß die besser bezahlte Arbeiterdemokratie vor einem Jahre ganz aufgehen zu wollen erklärte“, schreibt er am Schluß seines Buches aber: „Die politische Befreiung der Arbeiterklasse“, „scheiden man nicht von allen Seiten mit einer Art Fanatismus daran zu arbeiten, sie zu vernichten, sie zur Vorkammergebung herabzubringen? Jeden Tag reißt der Dantroit große Klagen in die Reihen der Kleinbürger, und was noch unenträglich ist, ihr Nothstand dauert fort, das Leben von der Hand in den Mund, ihr geheimes Elend bestimmt sie. Die Arbeiter haben nur ihre eigenen Leiden gesehen, sie ahnen nicht von den quälenden Sorgen des Bourgeois.“ Der „Ergänzungsbogen“, wie er heißt und lebt, nur daß er seine Kleinbürgerlichen Ideale mit der Phrase der „Revolution“ verbräutet.

Karl Marx schrieb 1866 über Proudhon an die Redaktion des „Sozialdemokraten“: „Während meines Aufenthalts in Paris, 1844, trat ich zu Proudhon in persönliche Beziehung.

— — Während langer, oft übermächtiger Debatten insilte ich ihn zu seinem großen Glauben mit Hegelianismus, den er doch bei seiner Unkenntnis der deutschen Sprache nicht wirklich hindern konnte. Was ich begann, setzte nach meiner Ausweisung aus Paris Herr Karl Grün fort. Der hatte als Lehrer der deutschen Philosophie noch den Vorzug vor mir, daß er selbst nichts davon verstand. Kurz vor Erscheinen seines zweiten bedeutenden Werkes: „Philosophie de la misère etc.“ (Philosophie des Elends usw.) kündigte mir Proudhon dieses selbst in einem sehr ausführlichen Brief an, worin u. a. die Worte unterlaufen: „L'attends votre féralis critique.“ (Ich erwarte Ihre strenge Kritik). Zudem fiel diese bald in einer Weise auf ihn, die unserer Freundschaft für immer ein Ende machte. Diese Kritik ist die Schrift: „Das Elend der Philosophie“. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“ von Karl Marx, (I. Aufl., franz., Brüssel, 1847; 2. deutsche Auflage mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels, Stuttgart, 1893, S. 5. W. Drey). In dieser Schrift widerlegt Marx auch die thörichtesten Anschauungen Proudhons über Streiks und Arbeiterkoalitionen, deren Naturnothwendigkeit Marx deutlich erklärt. Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannt Leute an einem Orte zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, bereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition selbst einen doppelten Zweck, den die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um den Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formierten sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen nothwendiger für sie als die des Lohnes.

Ein Urtheil über Proudhon faßt Marx (a. a. D.) dahin zusammen: „Er will als Mann der Wissenschaft über Bourgeois und Proletariaten schreiben, er ist nur der Kleinbürger, der beständig zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen der politischen Oligarchie und dem Kommunismus hin- und hergeworfen wird.“ Proudhon gab die erste Schrift Proudhon's: „Was ist das Eigentum?“, wie Marx 1847 in dem Briefe an den „Sozialdemokraten“ schrieb: „einen großen Anstoß bei ihrem ersten Erscheinen. In einer streng wissenschaftlichen Geschichte der politischen Oligarchie würde die Schrift kaum erwähnenswert. Aber solche Sensationschriften spielen in der Wissenschaft ebenso gut ihre Rolle wie in der Romanliteratur.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Organisationsplan für das deutsche Handwerk. Den der preussische Handelsminister im vorigen Jahre entworfen hatte, ist bekanntlich auf Seiten unserer Künstler nicht sympathisch aufgenommen worden. Dem Minister wurden zwar auf dem sogenannten „Handverträge“ in Berlin vor einigen Wochen allerlei Liebenswürdigkeiten für seinen guten Willen gesagt, aber in der Sache beschließen sich die Herren Künstler durchaus ablehnend; sie besaßen darauf, daß die Zwangsinnung und der Befähigungsnachweis unbedingt die Grundlage der Organisation sein müßten. Nach einer neuerlich durch die Wähler gesendeten offiziösen Notiz scheint Herr v. Bepflog geneigt zu sein, den Innungsmännern einen weiteren Schritt entgegenzukommen. Er läßt danach einen neuen Entwurf ausarbeiten, der bis zum Herbst fertig werden soll. Während der vorjährige Entwurf, wie der Offiziale sich ausdrückt, daran krankte, daß er sowohl die Innungen wie die Maschinenwerke gleichmäßig zu betriebligen und die beiden einander widerstrebenden Richtungen zu vereinigen trachtete, wird in dem neuen Plan dieser Weg verlassen und eine „durchaus getrennte Organisation für die Innungen“ und die Maschinenhandwerker“ vorgeschlagen werden. Näheres über die Sache wird einmischen noch nicht verrathen, sondern nur in Aussicht gestellt, daß der neue Entwurf, nachdem er den verbündeten Gegnern mitgetheilt sein werde, unverzüglich veröffentlicht und zur allgemeinen Erörterung gestellt werden solle. Der Offiziale soll schließlich, daß dem neuen Entwurf in den beteiligten Kreisen eine bessere Aufnahme zu Theil werden möge, als sie seinem Vorgänger beschieden war. Diese Hoffnung scheint uns indes einigermaßen jauchigisch zu sein. Denn die Herren Viehl und Genossen wollen eben nichts Anderes, als eine auf der Zwangsinnung und dem Befähigungsnachweis aufgebaute Organisation, und je mehr ihnen die Regierung entgegenkommt, desto fester werden sie auf diesem Wege bestehen. Das könnte auch der Herr Handelsminister nachher erlennen haben, dessen Kommissen gegen die Künstler um so bestreblicher erscheint, als neuerdings durch die auch von wiederholt erörterten Publikationen unparteiischer Forscher alle Welt darüber aufgeklärt ist, daß die Armee der Künstler bei Weitem nicht so zahlreich ist, wie man nach dem anprüchlichen und geräuschvollen Auftreten ihrer Führer annehmen möchte.

Der sozialreformatorische Vater Staat. Eine Anzahl Arbeiter der königlichen Gießereien in Erfurt hatte nach Feierabend am 1. Mai an den Versammlungen Theil genommen. Sie sind deshalb entlassen worden. Unter den Gewerkschaften befindet sich ein alter Arbeiter, der bereits 27 Jahre in der Fabrik arbeitet und der bei seiner Entlassung aus dem angegebenen Grunde des Rechts auf Bezug der Pension verlustig geht.

Ein Weltkongreß. Wenn die Abgeordneten der organisierten Arbeiter aller Länder zu einem Kongreß zusammenkommen, so ist es, nach Ansicht der kapitalistischen Presse, eine große Ueberhebung und Ausschweiferei, von einem „Weltkongreß“ zu reden. Jetzt finden wir in der realistischen Presse Notizen über einen „Weltkongreß der evangelischen Junglingsvereine“, der zu Pfingsten in London taget. Vertreter waren 6000 Vereine mit 455 469 Mitgliedern — also — die einfachen Bienen genannt — ungefähr ein Viertel so viel Junglinge, d. h. unermessliche Würstchen und „Schnitzel“ in Brauseweinetlicher Sprache — als allein die deutsche Sozialdemokratie Männer über 26 Jahre zählt.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Der Schacher mit der Arbeitskraft. Die professionelle Vermittlung von Arbeitsgelegenheit zwischen Unternehmern und Arbeitern, greift auch im Baugewerbe leider immer mehr ein. So finden wir in bürgerlichen Blättern, hauptsächlich in solchen, folgendes Inserat:

Die Baumeister und Bauunternehmer. Es sind zu haben jede gewöhnliche Anzahl tüchtige Maurer und Arbeiter mit Bolter oder Forarbeiter, welche in Brechstein und Ziegelmauerwerk sehr gut bewandert sind, und versichere ich, zum billigen Preise die Arbeit zu besorgen. Gef. Mittheilung erbitte ich mir Charlotten a. Meise, D. Martin.

Dieser Herr Martin handelt also mit Arbeitern in regelrechter Form wie ein Viehhändler mit Schafen und Schweinen. Und wie dieser, so empfindet auch er offensichtlich eine lebendige Waare, nur mit dem Unterschiede, daß der Viehhändler in der Regel nicht „jede gewünschte Anzahl“ offerieren kann. Herr Martin kann das. Er hat ohne Zweifel in den verschiedenen Gegenden seine Agenten und Unterhändler, deren Aufgabe es ist, die lebendige Waare auszulassen und für seinen Geschäftsbetrieb zu gewinnen. Das es dabei an allerlei häßlichen Besprechungen nicht fehlt, ist selbstverständlich.

Herr Martin inserirt offenbar auf das Bedürfnis der Unternehmer nach möglichst billiger und gefügiger Arbeitskraft, die ja in den östlichen Provinzen leider in Hülle und Fülle vorhanden ist. Er hilft gegen guten Verdienst den Unternehmern die eingeleiteten Arbeiter, die „nicht parieren wollen“ und „unberücksichtigt“ sind in ihren Lohnansprüchen, maßregeln und „kalt stellen“.

Die organisierte Arbeiterschaft würde gut thun, dem Streben solcher Arbeitskraftverläufer scharfe Aufmerksamkeit zu schenken, um ihnen nach Möglichkeit das Handwerk zu legen.

Die Bauarbeiter des Raunerkönigs Krupp. Der Leiter des Bau-Bureau's der Krupp'schen Werke, ein Herr Schmögl, hat folgendes Zirkular erlassen:

„Leider habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß sowohl die im Akkord als auch im Tagelohn beschäftigten Arbeiter der verschiedenen Betriebsabtheilungen des Bau-Bureau's fast ohne Ausnahme in ganz unverantwortlicher Weise faulenzten. Es ist dies ein Beweis einerseits, daß nicht alle Organe des Aufsichtspersonals ihren Dienst gewissenhaft ausüben und andererseits, daß die Akkordarbeiten der Arbeiterleistungen nicht entsprechen, sondern vielfach zu hoch liegen.“

„Um diesem Unwesen zu steuern, beantrage ich, daß eine bedeutend schärfere Kontrolle der Arbeitsstellen durch das Aufsichtspersonal stattfindet, namentlich bei Beginn und Schluß der Schichten und Pausen.“

Sobann sind seitens der Kontrolle die von den Weisthen beantragten Akkordsätze einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen und nur dann zu genehmigen, wenn die Ueberzeugung gewonnen ist, daß die Arbeiter nur bei geschickter und fleißiger Thätigkeit einen angemessenen Verdienst erzielen können.“

Die Kontrolleure sind ferner verpflichtet, Diejenigen ihres Aufsichtspersonals, welche nicht voll und ganz ihre Pflichten erfüllen, mir zur Meldung zu bringen.“

Herr Schmögl verliest sich offenbar darauf, mit Arbeitern umzugehen und seinem Herrn zu beweisen, wie sehr er auf dessen Interesse bedacht ist. Er redet die echt kapitalistische Sprache, die sicherlich dazu beitragen wird, die Arbeiter „recht zufriedener“ und „willfährig“ zu machen und hoffentlich mit einer Gehaltszulage seitens des Herrn Krupp begütigend belohnt wird.

Und will es scheinen, daß ein „Faullenzer“ auf den Krupp'schen Werken; geschweige denn ein „unverantwortlicher“, absolut unmöglich ist, denn die ganze Betriebsordnung ist genaustens darauf berechnet, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft eine möglichst vollkommene sei. Es will und nicht in den Kopf, daß die Kontrolle „ungenügend“ gelist wird; er arbeitet wie eine Maschine, unter stets gleichmäßigem Druck auf die Arbeiter. Aber trotzdem: Die Arbeiterfaulenz in ganz unverantwortlicher Weise! Das müssen sich Diejenigen sagen lassen, die ihren Unterhalt durch ihre jahraus jahrein thätig gewesen sind, dabei ihrem Vorgesetzten, ihrem Arbeitgeber Reichthümer aus Reichthümer gehäuft haben! Sie schänden und plagen sich noch nicht genug für den kargen Lohn, den sie für ihre Leistung erhalten? Schon lange klagen die Arbeiter, unsern Vorkämpfer Bruderkönig zufolge, über die niedrigen Akkordsätze, bei denen sie keinen ordentlichen Lohn erzielen können und nun sollen die Akkordsätze nochmals „einer gewissenhaften Prüfung“ unterzogen werden, so daß die Arbeiter nur bei geschickter und fleißiger Thätigkeit einen angemessenen Lohn verdienen können.“

Die Arbeiter sollen also im Königreich Krupp noch mehr ausgebeutet werden, als es bislang schon der Fall war; sie sollen nur bei äußerster Anstrengung einen angemessenen Lohn erzielen können! Der Kanonendonig Krupp hat es aber auch nötig; sein Einkommen ist ja ein so ärmlisches, daß es gewis angeht, die Akkordsätze „gewissenhaft zu prüfen“, so daß künftig der Arbeiter „nur bei geschickter und fleißiger Thätigkeit“ einen „angemessenen“ Lohn erzielen kann. Er hat ja im laufenden Jahre ein Einkommen von „nur“ 30. 4. 7190.00. Und es ist recht schön von seinen Werkleuten, daß sie für Erhöhung dieses Einkommens nach Kräften sorgen.

Eine schwere Katastrophe ereignete sich am 28. Mai in Berlin auf dem Grundstück Kochstraße 78. Das Haus war einige Tage vorher im dritten Oberstiege Sturz aus Theil abgebrochen worden, um dort neu aufgestellt zu werden; und zwar lag bereits an der betreffenden Stelle neues Mauerwerk. Am 28. Mai, Sonntag, um halb 10 Uhr, nun brach plötzlich die Wandung im dritten Stog der linken Gasse zusammen. Die Decken waren nicht im Stande die Wucht der stürzenden Massen zu halten und alle drei brachen durch, und Steine, Balken, Bretter, Mörtel stürzten mit einem furchtbaren Knall in das Erdgeschoß. Die ganze Straße war durch die Staubwolken in Finsternis gehüllt, und die erstreckt zusammenlaufenden Anwohner glaubten zunächst an eine Explosion. Als sich der Staub nach etwa 10 Minuten verjagen hatte, konnte man erst den Unfall in seinem ganzen Umfang übersehen. Die neu aufgeführte Wandung des Vorderhauses, die eine Verbindung zum Seitenflügel herstellte, war umgefallen, weil das darunter befindliche alte Mauerwerk der Anstoß nicht tragen konnte. Im Sturze wurde alles Mauerwerk, das ohnehin augenscheinlich morsch war, mitgerissen und das ganze Innere bildet einen Trümmerhaufen. Auch die Straßenwand des ganzen Hauses zeigt bedeutende Risse, so daß an eine Fortsetzung des Baues nicht zu denken ist, bevor man nicht die alten mit Mörtel nur scheinbar verbundenen Mauern niedergelegt hat. Die sofort herbeigeeilte Feuerwehrt machte sich an die Rettung der verunglückten Arbeiter, die mit in die Tiefe gerieten und zum Theil unter dem Schutt und Trümmerhaufen begraben waren. Nach harter Arbeit wurden drei Arbeiter, die Maurer-Karl Steiner, August Komaszewski und Friedrich Sack als Leiden hervorgeholt. Die mehr oder minder schwer Verletzten wurden nach der Charité gebracht. Das nicht noch mehr Menschen den Tod gefunden haben, ist dem Zimmerparthieschneider zu verdanken. Er hatte am Unglücksmorgen die vierte Balkenlage einzuziehen und den Deuten die größte Vorsicht anempfohlen. Kurz nach der um 1/9 Uhr beendeten Frühstückspause besah sich Schnitzer im Erdgeschoß und hörte trodenen Mörtel von oben herabfallen, dem ein verächtliches Knistern folgte. Er rief nun mit lauter Stimme: „Rettet Euch, das Haus stürzt ein.“ Diese Warnung wurde von vielen Arbeitern beherzigt, und kaum hatten sie den Hof erreicht, da erfolgte der Zusammensturz. Die Leiche der Katastrophe ist inzwischen gleichfalls ermittelt worden. Die 89 Zentimeter starke alte Mittelwand des Hauses barg diesen in sich, die mit Schutt ausgefüllt waren. Am nun diesen Mauerwerk zu verfestigen, wurden an beiden Seiten Steinmänner in der Stärke von 18 Zentimetern in die Höhe gestiftet, so daß die ganze Stärke 65 Zentimeter betrug. Die Aufmauerung wurde aber ohne Verband mit dem alten Mauerwerk ausgeführt. Nun ist das alte Gemäuer zusammengefallen und hat das neue mit weggebracht. Die gerichtliche Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

In den Granitbrüchen bei Strahlen i. Schl. ist ein größerer Streik ausgebrochen. Er erstreckt sich auf zwei Ränge und sind 400 Arbeiter dabei betheiligt. Die Ursache war eine verlustige Lohnreduktion. Das selbst die anpruchloslosen Steinbrecher sich eine weitere Herabsetzung ihrer Hungerlöhne nicht gefallen lassen konnten, möge aus der Thatlage hervorgehen, daß der Durchschnittslohn pro Jahr M. 400 noch nicht erreicht. Die Streikenden befinden sich in einer mittleren Lage, da ihre Organisation noch eine sehr junge ist und sie über keinerlei Mittel verfügen. Hülfe ist darum dringend nötig und sind Geldsendungen zu richten an: Traugott Schwarzer, Strahlen i. Schl., Altstadt 8.

Einladung wegen Theilnahme am Bergarbeiterkongreß. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt: Der einzige noch in Arbeit stehende deutsche Delegierte H. a. h. m. e. (Pole) von Westfalen ist wegen Theilnahme am internationalen Kongreß gleich nach seiner Rückkunft entlassen worden. Wird das ihn und seine Kameraden aber mit dem Sinn der kapitalistischen Ordnung erfüllen!

An die Vorkämpfer der Zentralvereine hat sich bekanntlich die Generalkommission mit dem Ertruden gemandt, ihr doch umgehend die statistischen Fragebogen über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1893 zugehen zu lassen. Die Veranbarung der Fragebogen ist in diesem Jahre so spät erfolgt,

damit die Vorkämpfer genügend Zeit haben, um den Jahresabschluss machen zu können. Da die Aufstellung der Statistik, sowie die notwendigen Berechnungen längere Zeit in Anspruch nehmen, mit diesen Arbeiten aber erst begonnen werden kann, wenn sämtliche Bogen eingeleistet sind, so verzögern die Vorkämpfer, welche die Bogen noch nicht eingeleistet haben, die Veröffentlichung ganz bedeutend. — Es ist das die gewöhnliche, wohl bekannte Klage über die Unzuverlässigkeit einzelner Gewerkschaftsführer in dergleichen Dingen, eine Klage, von der man in England z. B. nichts hört. Möchte diese geradzu unverzeihliche Unzuverlässigkeit endlich aufhören! Sätze dieser Art über die Organisationen ist strengstens darauf zu setzen, daß die Leiter auch in dieser Hinsicht ihrer Pflicht genügen.

Geberberichterwahlen. Bei den am 27. Mai in Siegnitz stattgehabten Geberberichterwahlen wurden 654 St. abgegeben. Es erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 548, diejenigen der Gebervereine (Gisja-Dünder) 114 Stimmen. Zu wählen waren 6 Arbeiternehmer auf 6 Jahre, 1 auf 3 Jahre. Vor der Wahl waren die Vorstandsmitglieder der Gebervereine an die Kommission der freien Gewerkschaften herangetreten bezugs Aufhebung von einem Kompromiß; dieses wurde jedoch von Letzteren mit Rücksicht auf das Verhalten der Gebervereine gegen die freien Gewerkschaften abgelehnt. Obwohl die gegenseitige Presse bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die von ihr mit großer Fortschritt „Sozialdemokratische Verein“ genannten Gewerkschaften herfällt, um sie zu vernichten, haben diese wiederum gesagt, daß sie in der Lage sind, allen Resolutionen der Geberer Trost zu bieten. — Bei den am 30. Mai stattgehabten Geberberichterwahlen in Braunschweig folgten die Arbeiterberichter der Gewerkschaften mit großer Majorität gewählt.

Im Falkenauer Bergrevier sind nach Genehmigung des Streiks 278 Arbeiter „dauernd abgelegt“, d. h. dem Hunger überantwortet. Besonders charakteristisch für die Brutalität der Unternehmer ist die Thatlage, daß die Ausgesperrten lauter alle gebräuchlich Arbeiter sind, welche 25 bis 30 Jahre im Dienste der Ausbeuter gelebt haben. Die Noth unter den Vermögenslosen, so schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, ist auf's Höchste gestiegen und bitten wir die Genossen allerorts um Unterstützung.

Etwasige Unterstützung übermitteln der „Wald auf“, Brau, Pragerstr. 430.

Streik in England. Nach dem amtlichen Bericht des englischen Handelsamtes haben im Monat April 113 Arbeiterstände stattgefunden. Die meisten hatten jedoch nur einen östlichen Charakter und waren von kurzer Dauer. Die Arbeitslosigkeit soll nach dem Bericht der Arbeitnehmer begriffen sein. Die 45 Gebervereine mit 352 806 Mitgliedern hatten 21 669 unbeschäftigte Mitglieder oder 6.1 Prozent. Im März betrug die Zahl der Arbeitslosen 6.5 und im Februar 6.3 Prozent. In den Kohlenzechen arbeiteten die Leute durchschnittlich im April 19%, im März, während es im März 20%, Tage waren. Während des April sind zehn Hochöfen angeblasen und einer ausgeblasen worden. Im Schiffbau am Clyde herrscht ziemlich Beschäftigung, aber die Anzahl der unbeschäftigten Arbeiter in dieser Industrie im ganzen Lande hat sich nicht verringert. Sie beträgt 13.3 Prozent. In der Baumwollindustrie liegen die Dinge etwas schlechter.

Wieder ist Blut gestossen über den Blutgetränkten Erbe von Pennsylvanien. Dieser amerikanische Mutterstaat des großen republikanischen Staatenbundes — der Vereinigten Staaten von Nordamerika —, dieser von dem frommen Friedensmann William Penn gegründete und nach ihm benannte Staat, der dem Frieden und dem christlichen Leben gewidmet sein sollte, hat durch seine unerschöpflichen Eilen- und Kohlenlager das nimmermüde Kapital ausgezogen, das ihn zum Zummelpfad seiner weltlichen Organe gemacht hat. Seit zwanzig Jahren herrscht dort der Bürgerkrieg, bald unterdrückt, nur in verzweigten Lohnkämpfen und vereinzelten Gewaltthaten sich äußernd, bald in wilden Flammen auflobernd — auf der einen Seite der Salgen des „Gehes“ und der Revolver-Büchsen der Pinkertons und Milizsoldaten — auf der anderen Knüttel, Eisenhaken, Revolver, was gerade bei der Hand ist. — Vor wenigen Wochen hörten wir erst von dem blutigen Nachspiel der Homestead-Druck. Und jetzt kommt wieder eine ähnliche Mordthat. In Uniontown kam es zwischen Streikenden und Polizeioldaten (Pinkertons) zum Kampf — Resultat fünf Streikende getödtet, fünf Streikende und drei Polizisten verwundet. Also — selbst nach dem parteiischen Telegraph — auf der einen Seite fünf Tödtet und fünf Verwundete — auf der anderen Mos der Verwundete. Das Mißverhältnis zeigt schon, daß der Kampf ein ungleicher war, und daß Bewaffnete und Disziplinirte gegen Unbewaffnete und Unbehilfliche standen. Die richtige Methode!

Agitationsbericht.

Im Auftrage des Generalkommissionärs der Maurer Deutschlands unternahm ich vom 11. April ab eine Agitations-tour. In Aachen fand die erste Versammlung statt. Das Unternehmertum hat die Zeit der wirtschaftlichen Krise und den Individualismus vieler Kollegen auch hier für sich auszunutzen gemußt. Im Laufe von zwei Jahren ist der Lohn von 55 A bis auf 28 A pro Stunde reduziert worden. Es besteht hier eine sogenannte „Großschaffel“. Die derselben angehörenden Kollegen schämen vor, sich darum unserer Organisation nicht anzuschließen zu können, weil sie mit der Form nicht einverstanden sind. Jedoch bricht auch bei ihnen der Wogen an, die Einsichtlichen kommen zu uns. Im Uebrigen berechtigt die wachsende Organisation und der gute Geist der Versammelten zu der besten Hoffnung.

In Tanager und konnte die Versammlung nicht stattfinden, weil der damit beauftragte Kollege die Einberufung unterließ. Die dort unter den Kollegen herrschende Gleichgültigkeit hat eine solche Höhe erreicht, daß sie in der Organisation keine Stütze erblickten. Trotzdem am Orte eine Ersatzstelle des Zimmerverbandes besteht, welche alle Kollegen umfaßt und die sie von ihnen voriges Jahr gestellten Forderungen gläubiger erungen haben — den Maurern wurde der Lohn mit erhöht durch das energische Vorgehen der Zimmerer —, halten sie es für unmöglich, Andere für sich kämpfen zu lassen.

In Diersburg und Hannover konnten wegen dringlicher Verbindlichkeiten die Versammlungen nicht stattfinden. Jedoch wünschten die Kollegen, daß ich auf meiner Rückreise die Orte berichte.

Die Versammlung in S i l d e s h e i m war zusammengesetzt aus Angehörigen sämtlicher Gewerkschaften. Der große Saal, welcher zum ersten Male den Arbeitern zur Verfügung stand, war voll besetzt, darunter etwa 100 Maurer. Die Genossen versprachen, die noch schwache Organisation der Maurer tatkräftig zu unterstützen. Außerdem wurde in dieser Versammlung über die Aufnahme einer Arbeiterkassenkassette des vorigen Winters berichtet, welche Kenntnis gab von der Summe von Roth und Entbehrung, welche das proletarische Jahr um Jahr dem Kapitalismus bringen muß.

Am anderen Morgen erreichte ich D i e r o b e a. H. Hier in der von der Natur so herrlich ausgestatteten Landschaft hatten die Unternehmer des Baugewerbes im Bewußtsein, daß Entbehrung eine christliche Tugend sei, welche auch ihren Arbeitssöhnen besonders gutthun würde, bestanden vor einigen Wochen zugemuthet, von ihrem fürstlichen Einkommen, 25 % pro Stunde, 2 1/2 % für das nothwendende Unternehmerrisiko abzugeben. Undanbarkeit ist aber stets der Welt Lohn, und die hiesigen Zimmerer, welche Mitglieder des Sozialarbeiter-Bundes sind, bemerken aber nicht an die Möglichkeit der praktischen Nächstenliebe der Unternehmer zu glauben, sie legen die Arbeit einmüthig nieder. Als nach Ablauf einer Woche die Streikenden ihre Unterstützung erzielten, meinten die Herren: „Ja, wenn die große Kasse in Stuttgart nicht wäre, dann?“ — und erklärten, den Lohn weiter zu zahlen. Hierdurch war aber auch unsere Kollegen klar geworden, was Einheit und Organisation vermag, sie schlossen sich in der Versammlung (60 Mann) sofort dem Bunde an. Hoffen wir, daß die neue Bahnhöfe ein tüchtiger Kämpfer für die Sache der Arbeit werde.

In E l t r i c h fand eine gütliche Versammlung statt. Die junge, aber von gutem Geist besetzte Organisation wird vielleicht bald ihre Feuerprobe zu bestehen haben, da die Arbeitgeber so gerne die einflussreiche Arbeitzeit wieder einschränken möchten.

In P o r d h a u s e n fand eine schwachbesuchte Gewerkschaftsversammlung statt.

In S a n g e r h a u s e n war die Versammlung nicht einberufen worden. In einer Besprechung mit mehreren Kollegen wurde konstatiert, daß durch die Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen die Bahnhöfe eingehen mußte. Jedoch soll in Bälde wieder versucht werden, die Kollegen aus ihrer lethargie aufzurütteln.

In E r f u r t fand eine im Verhältnis zu den am Orte anwesenden Kollegen schwach besuchte Versammlung statt. Hier haben die organisierten Kollegen einen ganz besonders schweren Kampf, und zwar nach drei Fronten, zu führen. Die Unternehmer haben seit elfjähriger Arbeitszeit den Lohn von 35 % pro Stunde bis auf 28 % herabgedrückt; die Organisierten erhalten nur selten Arbeit, da weniger „begehrte“ und „zuverlässige“ Arbeitsmaterial in Hülle und Fülle in und um Erfurt vorhanden ist. Außerdem haben auch hier noch die Gewerkschaften die Hoffnung, daß die goldene Zeit des Handwerkes wieder durch ihre Harmoniebestrebungen herbeigeführt werden könne. Jedoch hoffen die Kollegen, Herren der Situation zu werden, indem sie den sich ihnen entgegenstellenden Mächten mit Agitation und Aufklärung energisch zu Leibe gehen; sie rechnen auf die Unterstützung der deutschen Kollegen.

In N a u m b u r g ist nun glücklicherweise das letzte Botal abgeklirrt worden. Der Lohn ist von 32 % pro Stunde bis 26 % herabgedrückt worden. Die zehn vom früher so guten Fachverein noch Lebertrageliebenden hoffen, sobald ein Botal vorhanden ist, daß dann die Kollegen eine Menge empfangen haben, warum sie täglich unwohliger behandelt werden.

In W e i ß e n f e l d sieht es ähnlich so aus, nur fand eine Versammlung nicht statt, weil der damit beauftragte Kollege krank ist, indem zwei große Versammlungen in den letzten Tagen stattfanden, wofür unsere Leute sein.

In M e r z b u r g hat die Willkür der Unternehmer den Höhepunkt erreicht; es wagt Niemand, eine Versammlung einzuberufen, weil die heutige Gesellschaft als Vertreterin der individuellen Freiheit es auch hier als einen Eingriff in ihre Rechte betrachtet, wenn die Arbeiter sich organisieren. O, goldene Freiheit mit Fesseln des Sängers. So ist es möglich gewesen, daß von den einstmals 150 organisierten Maurern in den letzten Versammlungen höchstens einmal 5-8 Kollegen erschienen. In diesen Orten bestehen Fachvereine. Es wird nun immer behauptet, diese Orte hätten sich dem Bunde nicht anschließen wollen, weil sie von demselben nichts wissen wollten. O, heilige Einfalt! Hier lehren die Zustände etwas Anderes, und die noch treu gebliebenen Kollegen erklärten mir, daß, sobald sie wieder zu Muth und Kraft gelangt sind, sie zur Organisation des Bundes gebären.

In E i s l e b e n ist ein Botal zu unseren Zwecken nicht zu haben. Die Zustände dürfen allgemein bekannt sein, welche hier herrschen. Als vor einigen Jahren die von ihren Bergwerksbesitzern aufgegebenen „reichthümlichen“ Bergarbeiter in eine feierliche Versammlung einbrachten und eine fürchterliche Schlägerei herbeiführten, wurden dieselben später freigesprochen und die überauslichen Arbeiter bestraft. (Das dürfte nicht ganz richtig sein. Soweit es erinnerlich, wurden auch einige Krangene dieser feindseligen Helfenhand mit Stocken bestraft, später aber begnadigt. D. Red.) Seit jener Zeit kann eine Bewegung gegenwärtiger Art hier nicht mehr recht geübt werden. Die Schwarzen bilden hier die Mehrheit und üben ihren Einfluß aus. Die Kollegen wollen aber in diesem Jahre noch einen Versuch zur Wiederanrufung der Organisation machen.

In R e i p z i g fand eine Versammlung bei furchtbarem Regen statt, und darum war dieselbe wohl schwach besucht.

In W u r z e n fand eine Baugewerkschafterversammlung statt, besprochen in A l t e n b u r g i. S.

In R e i c h e n b a c h, wo ebenfalls eine Baugewerkschafterversammlung stattfand, welche gut besucht war, wurde lebhaft Klage geführt über die Konkurrenz, welche den Kollegen von den eingewanderten Böhmern und Tschechen gemacht wird. Das Unternehmerrisiko, welches immer den Mund so voll nimmt über die internationalen Beziehungen der Arbeiter, nimmt keinen Anstand, den ausländischen Arbeiter, welcher bedürftiger ist wie der hiesige, herbeizuloten, damit sein Gehalt ein immer größerer werde. Uns aber erwächst die Aufgabe, den Weg zu suchen, der da führt zu den Herren dieser unserer Brüder, damit auch sie mit uns auf eine höhere Kulturstufe gebracht werden können.

In B i t t a u fand eine trotz schlechten Wetters gutbesuchte Versammlung statt, besprochen in C h e m n i t z. Auch hier haben die Kollegen unter dem Bauge der Ausländer sehr zu leiden. Auf Wunsch der R e i p z i g e r Kollegen fand dann noch eine Versammlung dafelbst statt.

Am anderen Tage tagte in S a n o b e r eine Versammlung; die Kollegen beschäftigten sich außerdem noch mit der Aufstellung von Kandidaten zum Gewerkskongreß.

In D i e r o b u r g fand eine Maurerverversammlung statt. Damit aus etwas Abwechslung im Leben stattfindend, ist die überwachende Beamte die Versammlung aus, als ich im Schlußwort daran erinnerte, wie durch unsere Regierung und Bergwerksbesitzer die Organisation der Bergarbeiter zerstückelt wurde. Auf meine Frage, auf Grund welches Gesetzesgraphen er das thue? antwortete er: „Das brauche ich nicht anzugeben, ich habe in meinem Buche genug geschrieben von der Aufreizung.“ — (In seinen Notizen meinte er.)

In B r a n d e n b u r g, wo die letzte Versammlung stattfand, nimmt die Bewegung und unsere Bahnhöfe einen erfreulichen Aufschwung.

Aus dem Angeführten ist ersichtlich, wie viel Arbeit und noch Arbeit bleibt. Kämpfer wir und nicht, wollen wir unser Ziel erreichen, so bedarf es der Aufhebung aller unserer Kräfte, damit unsere Organisation nicht nur in die Breite gehe, sondern auch an Tiefe gewinne. Also, daß unsere Kollegen auf eine höhere Stufe des Bewußtseins gehoben werden, sei unsere Hauptaufgabe.

Mit Gruß
S c h n e b e r g, Ende Mai. S. Silber Schmidt.

Sind die englischen Trades-Unions sozialdemokratisch?

Diese Frage ist durch die abnormen Kritiken, welche die bürgerliche Presse am internationalen Bergarbeiterkongreß geübt hat (vgl. unseren heutigen Leitartikel), wieder in den Vordergrund der Diskussion gerückt, nachdem sie erst ganz kürzlich anlässlich der Beschlässe des letzten (Welfaster) Kongresses der Trades-Unions eine lebhaftere Erörterung in den Blättern aller Parteizeitungen erfahren hat. Demals beantwortete die Mehrzahl dieser Blätter die Frage mit ja, oder doch ja, daß die Trades-Unions auf dem besten Wege seien, die Sozialdemokratie zu werden.

So schrieb die Berliner Volks-Zeitung: „Der wichtigste Beschluß des Kongresses dürfte sich an einen von dem radikalen Londoner Arbeiter Mr. De Witt Tillet gestellten Resolutionsantrag, der im Wesentlichen besagte: Es ist ein Fonds zur Ermöglichung der Wahl von unabhängigen Arbeiterkandidaten in die Vertretungskörper zu bilden; die aus diesem Fonds unterstützten Kandidaten haben in den Vertretungskörpern Sitze das jeweilige vom Kongreß proklamirte Programm zu verfolgen.“ Zu diesem Antrag schloß Delegirter Mac Donald folgendes Amendement vor: Alle aus dem Fonds unterstützten Kandidaten müssen auch das Prinzip der Kollektivität und der staatlichen Aneignung aller Produktions- und Distributionsmittel vertreten.“ Die Diskussion bewies die einschneidende Bedeutung des Amendements. Die Frage stand zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Trades-Unionsismus, zwischen Individualismus und Sozialismus, zwischen dem „Labour-Members“ und den „Trade-Unionists“. Der „neue“ Unionsismus datirt von dem großen Londoner Parteitag des Jahres 1889 her, der den Trades-Unionsismus von den getrennten auf die ungelerneten Arbeiter ausdehnte, das heißt von denen, die in ihrem Verstande aufstehen und selbst Kapitalisten werden können, auf die, welche dieselben müssen, wo sie sind und darum an der gegenwärtigen Ordnung der Dinge kein Interesse haben. Das Amendement wurde mit 187 gegen 97 Stimmen angenommen. Die theoretische Bedeutung der Resolution ist die Identifizierung des Trades-Unionsismus mit der Sozialdemokratie.

Ganz zweifellos ist dies der Fall, denn das Prinzip der Kollektivität ist eines der wichtigsten Grundprinzipien des Sozialismus. Wer sich auf diesem Prinzip bekennt, der bekennt sich zum Sozialismus.

Eingebender behandelt das echt kapitalistische „Sabbathliche Bank- und Handels-Blatt“ die Schwankung, welche die Trades-Unions nach dem Sozialismus hinüber gemacht haben, in folgenden Ausführungen:

„Seit dem großen Aufstand der „unskillet man“ in den Londoner Docks, der den bis dahin gänzlich unbesetzten John Burns mit einem Schläge zur populärsten Persönlichkeit Englands gemacht hat, sind die englischen Gewerkschaften nicht mehr Gegenstand unserer Betrachtungen gewesen. Unser Urtheil stand vom ersten Auftreten John Burns' und später auch Rich Gardsies unerschütterlich fest: Die Trades-Unions mußten unrettbar der Sozialdemokratie verfallen; der Weg, den sie in den letzten Jahren eingeschlagen hatten, konnte nur zur Gasse des Kollektivität führen, und selbst als die bekannte Studienkommission der deutschen Bergwerksbesitzer vor drei Jahren die englischen Montanbezugsvereine hatte und nach ihrer Mehrheit den englischen Gewerkschaften ein immerhin noch hochtönendes Loblied anstimmte, da sprachen wir schon bei Anlaß aus, die Experten hätten die Angelegenheit zu rasig geschätzt, die Trades-Unions würde in absehbarer Zeit zum Volkswort des Sozialismus werden. Die späteren Ereignisse haben uns Recht gegeben, ja die Metamorphose ist viel rascher vor sich gegangen, als wir ursprünglich angenommen: schon heute sind die Trades-Unions nicht Anderes als sozialistische Organisationen, die einzeln wie sich wohl noch hier und da in dem Rahmen des ursprünglichen Programms halten mögen, in der Gesamtheit aber nur noch sozialistisch beschließen und wirken wollen. Die kurze Spanne Zeit, die seit dem 1890er Gewerkschaftskongreß in Liverpool und dem soeben zu Ende gegangenen in Welfast verstrichen ist, hat in ihrer Art Wunder bewirkt. Personen und Gegenstände haben eine grundtiefliche Veränderung erfahren, die Trades-Unions haben sich abständig proletarisiert, sie sind von ihrer bisherigen Stellung einer mit den Arbeitgebern gleichberechtigten Größe hinabgefallen, haben sich zu „Ausgebeuteten“ und Verfolgten proklamirt — kurzum, sie durchziehen die ganze Scala, die von materialistischer Gemüthsart allmähig zum ärgsten Jäh-Wuth und Sozialismus führt. Die jahrhundertlange ruhmvolle Geschichte der Trades-Unions endet zu einer häßlichen Farce aus. (1)

Es bedarf gar keiner theoretischen Auseinandersetzungen, um dies zu beweisen: ein detaillirter Vergleich zwischen Liverpool und Welfast genügt vollkommen, obwohl auch der Liverpooler Kongreß noch sozialistisch infiziert gewesen ist. Vor drei Jahren hatte Macdonald auf dem Liverpooler Kongreß den sozialistischen Prinzipienantrag eingebracht, wonach kein Arbeiterkandidat unterstützt werden sollte, der sich nicht auf das Prinzip der Kollektivität und der gesellschaftlichen Kontrolle aller Produktions- und Distributionsmittel verpflichtete.“ Dieser Antrag, der sozusagen die Quintessenz des Sozialismus enthielt,

wurde damals mit 368 gegen 55 Stimmen — also mit einer überwältigenden Majorität — abgelehnt; aber auch schon diese 55 Stimmen bewiesen deutlich, daß der Sozialismus sich eine Bresche gelegt hatte. Nun hat Macdonald auf dem Welfaster Kongreß diesen Antrag wieder eingebracht — und der Antrag wurde mit 187 gegen 97 Stimmen angenommen!

Einzelne deutlicher Beweis dafür, daß die Trades-Unions nunmehr sozialistisch durchgefallen sind, bedarf es wohl kaum. Kollektivität, Kontrolle der Produktionsmittel, Arbeiterkandidaten — diese drei Maximen bilden das Alpha und Omega des Sozialismus, und schließen jedwede Verständigung auf dem Boden der bürgerlichen „bürgerlichen“ Gesellschaftsordnung völlig aus. Die zwei grundlegenden Gedanken der bisherigen Organisation der englischen Gewerkschaften — Freiheit des Arbeitsvertrages und gütliche Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch Schiedsgerichte u. s. w. — sind durch den zum Beschluß erhobenen Macdonald'schen Antrag ohne Weiteres außer Kraft gesetzt worden, und die Trades-Unions werden uns in der nächsten Zukunft zeigen müssen, was sie an Stelle dieser zwei Prinzipien zu setzen haben bezw. wie sie ihre neuen Prinzipien durchzuführen gedenken.

Was das Letztere anbelangt, so geht man wohl nicht fehl, wenn man auf Grund des Geschehenen annimmt, daß die nunmehr sozialistisch gewordenen Trades-Unions denselben Weg beschreiten werden, auf dem sich beispielsweise auch die deutsche Sozialdemokratie befindet.

Man wird dort vor Allem großen Einfluß im Parlament zu erlangen, und der Welfaster Kongreß hat auch bereits mit 150 gegen nur 32 Stimmen eine Resolution zu Gunsten der Bildung eines Fonds für unabhängige — das heißt streng sozialistische — Arbeiterkandidaten abgestimmt, die wiederum sich den oben erwähnten Macdonald'schen Forderungen zu unterwerfen haben werden. Das am Schluß des Kongresses neu gewählte „parlamentarische Gewerkschaftscomité“ hat denn auch seinen einzigen „unseren Kantontisten“ aufzuweisen; es isten darin vielmehr wichtigste Sozialisten: John Wilson, ein entschiedener Gegner des Christentums, mußte Edward Cowin, dem energischen Abstinenzmann, ebenso der konterrevolvire John Anderson dem Sozialisten John Burns z. Platz machen.

Der Parteitagtag hat überhaupt in den Verhandlungen des Kongresses — was übrigens nahezu selbstverständlich ist — eine höchwichtige Rolle gespielt: eine zu besten Gunsten vorgeschlagene Resolution hat die gewaltige Anzahl von 187 gegen nur 18 Stimmen auf sich vereinigt. Wenig hat der Kongreß der „Welfaster“ im Prinzip zugestimmt, und wenn es nach dieser Richtung hin vorerst zu keinem bindenden Beschluß gekommen ist, so geschah es lediglich deshalb, weil die eine Hälfte der Kongreßmitglieder den ersten Parteitag für den günstigsten „Festtag“ hielt, während die andere Hälfte den Sonntag aus — religiösen Gründen für ungeeignet erklärte; ein Ausweg wird sich hierin selbstverständlich leicht finden lassen, nur die Sache im Prinzip beschließen ist.

Das sind im Großen und Ganzen die Ergebnisse des diesjährigen Welfaster Kongresses, des ersten sozialistischen Kongresses der einst so unpolitischen englischen Gewerkschaften. Sonst ab werden aus einer weit über eine Million englischer, relativ gut situirter „gelernter Arbeiter“ — auf dem Welfaster Kongreß waren 900 000 Trades-Unionsmitglieder vertreten — lauter „Proletarier“ werden mit dem bekannten Motto: „Wichtig ist wenig Arbeit, möglichst viel Lohn und Stanball.“ Alles Das, was die Trades-Unions zu großen nubringenden Institutionen gemacht hatte, soll jetzt befristet werden; auch hier kommt die dem Menschen innewohnende Schwäche zum Vorschein, den ihm abzugeben, auf dem er sitzt, das Gute aufzugeben, um dem Besseren — erfolglos nachzugehen. . . . Der Welfaster Kongreß ist ein unabwiderliches Schandstück auf dem Trades-Unionsismus, und am meisten zu bedauern sind die Arbeiter selbst, die jetzt den sicheren Hafen verlassen haben, um von gewissenlosen Steuerhummern dazu verurtheilt, auf dem unersetzten Meer des Sozialismus umherzutreiben, bis die Wellen die Betrugen und die Betrüger verschlingen.

Dieses das Urtheil des kapitalistischen „Sabb. Bank- und Handels-Blatt“. Es trifft in der Hauptsache das Richtige; ja, wohl, die englischen Gewerkschaften sind beim Sozialismus angekommen, nachdem sie lange genug zum Theil dem Kapitalismus politische Feindschaft leisteten. Die Ausschüsse und hainlichen Bemerkungen des Blattes auf die Trades-Unions und den Sozialismus sollen uns hier nicht beschäftigen. Es kam uns nur darauf an, aus gegenwärtigen Kreisen selbst eine Antwort auf die Frage: „Sind die Trades-Unions sozialdemokratisch?“ zu bringen.

Situationsberichte.

Maurer.

Achtung, Maurer! In Freiburg, Schmetz a. d. D., Elst, Danzig und zum Theil in Wandlbeck und Nordenhain befinden sich die Kollegen im Streik und ist es das halbe der Zug nach diesen Orten streng fernzuhalten.

Altona. In der Versammlung am 28. Mai referirte über „Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung“ der Genosse W e i n h e r e r S a m b u r g. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Wenige Tage sind es, erst her, da tagte in Berlin der internationale Bergarbeiterkongreß, welcher das Bestreben hatte, das Loos der Arbeiter zu besetzen und dieselben immer mehr zu organisieren, um die Vereinerung der Arbeiter aller Länder herbeizuführen. In Deutschland ist von einer Arbeiterbewegung erst seit ja. 30 Jahren die Rede. Bislang war im Jahre 1888 den Anstoß zum Organisieren. Im Mittelalter lagen die Verhältnisse bedeutend anders wie heute. In den Städten gab es die Gewerksmeister, welche ganz besondere Rechte besaßen; es gab eine Lehrszeit und eine Gesellenzeit und es mußte eine Meisterprüfung bestanden sein, um in die Meisterliste aufgenommen zu werden. Mit der Zeit änderte sich dies aber. Nach der Entdeckung Amerikas und Ostindiens kam ein ungeheurer Umschwung in die Verhältnisse. Es konnte jetzt ein Austausch der Maaren nach fernem Gebieten stattfinden und somit war ein großer Wirkungsfreis geschaffen. Derselbe schloßte die Arbeiter die Zeit des Handbitterthums und ging dann auf das Jahr 1789 über, wo die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangte. In England kam man zuerst zu der Ueberzeugung, daß es die Nothwendigkeit sei, daß die Arbeiter im Parlament vertreten seien, um einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterschaft zu erlangen. Gerade die Bewegung liefert uns den besten Beweis für die Leistungsfähigkeit der Organisationen,

Es zeigt uns auch, wie wir vorzugehen haben und wie nicht. Im Jahre 1889 bei der großen Aussperrung der Bauarbeiter erlangten letztere einen glänzenden Sieg, sie hatten hierdurch eine vorzügliche Grundlage zur Ausübung ihrer Organisation geschaffen. Bei dem großartigen Aufschwung, den die Industrie in den letzten Jahren genommen, und wo die Arbeiter auch einen guten Verdienst hatten, bestimmte man sich aber wenig um etwas Anderes, und so kam es, daß von einer politischen Bewegung vorläufig keine Rede mehr war. In Frankreich konnte man an eine Arbeiterorganisation nicht denken, denn die Bourgeoisie ließ solche nicht aufkommen. Als in Deutschland in den 60er Jahren die Industrie wieder einen Aufschwung nahm, trat man wieder in eine Bewegung ein. Vassale zeigte den Arbeitern, wie sie sich zu organisieren hätten. Durch das allgemeine Wahlrecht, welches man dem Volke gegeben, dachte die Regierung, die Arbeiter für sich zu gewinnen. Die Arbeiter ließen sich aber nicht beherrschen, sie organisierten sich politisch und gewerkschaftlich, wendeten dann aber bald den Unternehmern ein Horn ins Auge und die Bewegung begann. Im Jahre 1878 wurden durch Gesetz deutsche Arbeiter zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert. Aber trotz der 12 Jahre Sozialistengesetz konnte man das Sozialistengesetz für Arbeiter nicht vernichten, wenn auch ihre Vereinigungen zerstückt wurden. Die in den letzten Jahren geschaffenen Gesetze, wie Unfallversicherung, Krankenversicherung, Invalidität und Altersversicherung, bergen wohl einen gesunden Kern in sich, aber sie sind noch sehr verbesserungsbedürftig; sie wurden nur geschaffen, um den Arbeitern den Mund aus dem Segel zu nehmen. Auf politischen Gebiet haben wir auch noch Ausblicke zu beschaffen. Das Bombenwerfen der Anarchisten kann nicht zum Ziele führen, denn dadurch, daß man einige Menschen in die Luft fliegen läßt, wird nichts erreicht. Unser Bestreben geht dahin, immer mehr Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu bringen, sie als Anhänger der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen, um gemeinsam als kompakte Masse für unsere Rechte zu kämpfen. Dieser Beifall lohnte den Redner. Hierauf wurde vom Kassierer die Abschreibung für Monat April verlesen und von der Versammlung genehmigt. Nachdem noch eine persönliche Angelegenheit erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wandölbe. Am Sonntag, den 2. Mai, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht vom Gewerkschaftsrat. 2. Unsere nächstbühmigen Mitglieder. 3. Beschlüsse. Steinbock berichtete vom Kartell, daß beschlossen wurde, die Maurer in Braunshweig mit 100, die Tabakarbeiter in Hannover mit 50 zu unterstützen. Der Antrag der Himmere, die Kollegen Danzig mit 50 zu unterstützen, sei jedoch abgelehnt worden. In der Diskussion lobte Herr Propp das Verhalten des Kartells betreffs der Himmere Danzig. Kollege Beckmann erwiderte, daß nur diejenigen unterstützt werden, welche insolge der Kartelle gemäßigter wären. In demselben Sinne äußerten sich mehrere Kollegen. Kollege Steinbock wurde sodann in das Komitee des Gewerkschaftsrates gewählt. Zum zweiten Punkt hielt Kollege Propp den Antrag, die Schulden der unabhängigen Mitglieder bis zum Mai zu streichen, um sie an die Organisation fester heranzuführen. Der Vorsitzende erwiderte, daß dies nicht ohne Nachteile veranlassen könnten, weil die Gelder nicht der Zählstelle, sondern dem Verbands gehören. Es sprachen noch mehrere Redner dagegen und darauf wurde der Antrag abgelehnt. Die Mitglieder Sedemann, Krogermann, Schöning, Erdell und Klenewinkel wurden wegen Schulden gestrichen. Im Punkt „Beschlüsse“ wurde beschlossen, dem Kollegen Müller eine Unterstützung zu gewähren, zu welchem Zwecke Sammelbogen ausgegeben werden sollen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung um 6 Uhr. — **Kachgräber:** Die Mitglieder werden ersucht, beim Kassierer ihre Abreden richtig anzugeben.

Seide. Am Sonntag, den 29. Mai, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom Stellvertreter des Bevollmächtigten bekannt gemacht, daß unsere Versammlung des Paulusfestes halber eine Woche verschoben sei, da doch am nächsten Sonntag kein Mensch erscheinen würde. Ferner gab er bekannt, daß der Bevollmächtigte Todesfall halber zur Versammlung nicht erscheinen konnte. Zum zweiten Punkt wurde der Antrag des Kollegen Hoff auf Abhaltung eines Stiftungsfestes angenommen. Ferner wurde seitens einiger Kollegen die Laufzeit verschiedener Kollegen getadelt. Gleichfalls wurde gerügt, daß sie unter dem oblichen Lohn arbeiten, da doch die schönste Baukonjunktur am Ort vorhanden sei. Im dritten Punkt wurde einstimmig beschlossen, in den 6 Sommermonaten die Reportage des „Grundstein“ auf eigenen Mitteln wie bisher zu bezahlen und die Rollen für die Wintermonate aus der Lokalkasse zu bestreiten. Fernerhin wurde der Kollege Schmidt getadelt, weil er schon zweimal nicht zur Versammlung erschienen war, was doch Pflicht eines Schriftführers sei. Am Schluß der Versammlung erließen der Bevollmächtigte und gab bekannt, daß unsere Mitgliederzahl schon auf 45 gestiegen ist, und ermahnte er die Kollegen, tüchtig für den Verband zu agitieren. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Schulden. Am 6. Mai tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle. Im ersten Punkte ließen sich zwei neue Mitglieder aufnehmen. Gegen die Aufnahme wurde von der Versammlung keine Einwendung gemacht. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen, wurde im Beschlüssen über eine Lohnerhöhung gesprochen. Da der Lohn für 42 A pro Stunde beträgt, die Meister aber nur 40 A ausgeben, so wurde eine Lohnkommission gewählt, welche mit den Meistern die Einigung anzubahnen soll. Auch wurde beschlossen, am ersten Sonntag im Juli unter Sommervergnügen abzuhalten. Da sich Keiner zum Wort meldete, erfolgte Schluß der Versammlung.

Opfer. Am Sonntag, den 27. v. M., fand hier die erste Mitglieder-Versammlung der neugegründeten Zählstelle statt. Diefelbe war jedoch noch schwach besucht. Nachdem sich mehrere Kollegen zur Aufnahme gemeldet, wurde zur Wahl der definitiven Verwaltung geschritten, und wurden gewählt als erster Bevollmächtigter August Probst, Otto Wenzel, zweiter Bevollmächtigter, Albert Falck, erster Kassierer, Reinhold Schulz, zweiter Kassierer, Wilhelm Schneider, Schriftführer, Wilhelm Wagner, Otto Schulz und Emil Weiberg, Revueur. Hierauf nahm Kollege Schlegel, Berlin das Wort und forderte die Mitglieder auf, sich und ihren zur Organisation zu setzen, zu jeder Zeit dem Vorstand an die Hand zu geben und denselben thätig in der Agitation zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die neu-

gegründete Zählstelle, wurde die Versammlung geschlossen. — Am Sonntag, den 10. Juni, Nadm. 2 Uhr, findet in demselben Lokale eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Feyerabend über den „Wert der Arbeit“ referieren wird.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 27. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung der Maurer und Fuher in „Bismarckstraße“, Wilmersdorferstr. 39, mit der Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage der Bauhandwerker. 2. Referent Kollege Siedersmidt. 3. Gründung einer Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 2. Wahl der provisorischen Verwaltung und Aufnahme von Mitgliedern. Der Referent führte in seinem Vortrage den Verfallungsbeschlüssen die heutigen Verhältnisse, welche gerade im Bauhandwerk so sehr vorherrschend sind, vor Augen, zum Schluß die Maurer Charlottenburgs ermahnte, sich zu organisieren und sich dem Zentralverbande der Maurer anzuschließen. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme einer Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt, worauf sich auch gleich 39 Maurer unterschrieben, dem Verbands beizutreten. Hierauf sprach noch mehrere Redner im Sinne des Referenten. Auch Buchdrucker Götze ermahnte die Maurer, sich fester zu organisieren, damit endlich mal dem Bauhandwerk, wie er heute besteht, ein Ende gemacht werde. Ferner wurde noch beschlossen, am Sonntag, den 3. Juni, die erste Verbandsversammlung Vormittags 10 Uhr in obengenanntem Lokal stattfinden zu lassen.

Cölln. Am 27. Mai tagte im Restaurant „Zum Weinberg“ eine Versammlung der hiesigen Zählstelle des Verbandes. Zunächst ließen sich zwei Mitglieder aufnehmen, und wurde denselben bekannt, wie das diesjährige hier unter den Kollegen zur Unruhe gekommen, nur für den Sommer und jemandem zum Gefallen Mitglied werden, sondern dem Verbands treu bleiben. Zum zweiten Punkt, Stellungnahme bei Begräbnisstätten, wurde beschlossen, alle Mitglieder oder deren Frauen zu Grabe zu geleiten, sei es in der Stadt selbst oder in einem der Vororte. Die Versammlung nahm an, daß hierdurch das solidarische Mitglied erhalten und verbreitet werden kann. Zum letzten Punkt der Tagesordnung besaß der Kassierer die Bestanden, und nahm die Versammlung die traurige Tatsache wahr, daß es verchiedenen Kollegen auch im Sommer nicht einmal einfließt ihre Beiträge zu bezahlen, geschweige die Verrechnung, daß solche auch Kollegen in unsere Ziele und Bestrebungen noch immer nicht vollständig einbezogen sind. (Ich möchte den Kollegen doch zu bedenken geben, was ohne unsere Beteiligung in der Organisation wohl jetzt hier am Orte bei dieser Geschäftsnotlage für ein Lohn gesäht würde, doch ganz nicht über 2 A 25, dafür habe ich genügende Beweise. Anmerkung des Schriftführers.)

Schörling. Am 8. d. M. tagte im Wehneschen Lokale die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle. Nachdem die Kassierstelle erledigt, beantragte Haase, den schon zum zweiten Male eingeladenen, aber nicht erschienenen Kollegen Hellmann auszusprechen. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion und nachdem ein Antrag des Kollegen Rothmann, die Regelung dieser Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu betragen, abgelehnt worden, angenommen. Im Punkt „Beschlüsse“ forderte Wölganger die Kollegen auf, die der Mittellosigkeits-Bücher regelmäßig abzuliefern. Die Verlesung der Namen der nachlässigen Mitglieder konnte nicht erfolgen, da die Liste nicht zur Stelle war. Hierauf stellte Herr Garp den Antrag, befristete Einstellung unserer Arbeitzeit einen Lohnstrich anzuarbeiten. Dagegen sprach Herr Haase, weil die Konjunktur jetzt nicht darnach angethan ist. Nachdem brachte Herr Wölganger zur Sprache, daß an Lorenzen's Bau, welchen ein Meister aus Magdeburg, Neue Neustadt ausführt, zwölf Stunden gearbeitet werde. Herr Schermer stellte den Antrag, die dort arbeiten und dem Verbands angehören, aufzubotern, unsere eigenständige Arbeitzeit inne zu halten. Hierzu erwiderte Herr Sarnermann, daß wohl wohl dagegen schreit, was machen können, wegen der schlechten Periode und die Meisten, die dort arbeiten, wohl Neubrüder und sonst wo aus irgend einer Willkür her sind, die von keiner Organisation was kennen. Herr Schermer verteidigte seinen Antrag. Herr Haase bemerkte, daß es wohl eine schlechte Periode sei und wie wohl schreit was dagegen machen können, aber doch dagegen Stellung nehmen müßten. Herr Schermer änderte seinen Antrag dahin, zunächst ein Gutachten von dem Hauptvorstand einzuholen. Dieser Antrag wurde mit Majorität angenommen. Mehrere Kollegen wünschten eine Extraversammlung, dagegen hat Herr Wölganger, davon vorläufig Abstand zu nehmen und die Einberufung einer solchen der Verwaltung zu überlassen. Auf Antrag Haase wird beschlossen, die etwa gemahngelt werden Mitglieder mit 12 wöchentlich zu unterstützen. Sodann wurde beschlossen, für Verbandsmitglieder den Lorenzen'schen Bau zu streichen. Herr Sarnermann fordert diejenigen Mitglieder auf, welche noch kein Protokollbuch erhalten haben, sich ein solches in der nächsten Versammlung zu fordern, damit dann Schluß in der Ausgabe gemacht werden könne.

Daurower. Eine öffentliche Maurerverammlung tagte am 29. Mai im großen Saale des „Ballhofs“. Genosse Frey sprach über das Thema: „Ist die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter notwendig?“ Redner führte die Versammlung zunächst die Kämpfe der Meister und Gesellen des Mittelalters vor Augen, ebenso deren Organisationen. Wer keiner Organisation angehört, wurde für unehrlich erklärt. Ganze Städte wurden in Acht und Bann getan. Mit Einführung der Jogen. Manufakturzeit verhanden viele alte Gebäude, so auch der „blaue Montag“, die alten Organisationen waren nicht mehr zeitgemäß. Die Atomoniessen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängten den Arbeiter den Kampf in immer größerem Umfange auf. Es verringerte sich die Wohlgeleit, selbständig zu werden und Arbeit zu finden. An Stelle des mit seinen Werkzeugen zurückgebliebenen Handwerks trat das Großkapital. In fast alle Berufe hat dann die Maschine ihren Einzug gehalten. Die beständige Klasse hat die großen Vorteile für sich auszunutzen gewußt. Je vollkommener die Maschine je größer der Profit, um so größer die Arbeitslosigkeit. Eine Folge der Arbeitslosigkeit ist wiederum Reduzierung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit. Je größer die Arbeitslosigkeit, desto mehr wird der Produktion, dem Verdienstvermögen und den Frankfurter Vorwand geleistet. Die Frankfurter entstehen durch Ueberarbeit, ungesunde Wohnungen, ungenügende Ernährung. Nach der preussischen Steuerpflicht hatten 70 Prozent der Steuerzahler ein Einkommen von nur 800—900, 28 Prozent

ein solches von 900—6000. Angesichts solcher Zahlen kann man wohl nicht von der Begehrlichkeit der Arbeiter sprechen. Nachdem Redner dann noch die Vorteile der Organisationen vor Augen geführt, schloß er seinen Vortrag aufgenommenen Vortrag. Hierauf ergriff der Rednermann, Kollege Tönnies, die Anwesenden, sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen. Kollege Wasmann wies nach, daß infolge des Individualismus der Lohn am hiesigen Orte zurückgegangen sei, wöhligen er in Orten mit guter Organisation behauptet wurde. Sodann sprach Kollege Grotzke in längeren Ausführungen über die Gewerbegebiete und deren Vorteile für die Arbeiter. Nachdem dann noch beschlossen wurde, dem Verein zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen aus dem Generalfonds M. 50 als Beihilfe zu den Kosten betrefss der Wahlen der Revisor zum Gewerbegericht zu überweisen, schloß der Vorsitzende, Kollege Tönnies, die Versammlung.

Rosentinerhütte. Die Zählstelle von Rosentinerhütte und Umgegend des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 3. Juni ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, ließen sich noch zwei Mitglieder in den Verband aufnehmen. Da die Versammlung gut besucht war, wurde beschlossen, am 1. Juli ein Stiftungsfest zu feiern, bestehend aus Konzert und Ball. Ferner wurde vom Bevollmächtigten den Kollegen an's Herz gelegt, die Versammlungen doch besser zu besuchen, was in letzter Zeit nicht geschehen ist. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung um 8 1/2 Uhr geschlossen.

Stuttgart. In einer gut besuchten öffentlichen Maurerverammlung am Dienstag, den 29. Mai, im „Hirsch“ sprach Genosse Tauscher über das Thema: „Warum müssen sich die Stuttgarter Maurer organisieren?“ In populärer, zu Herzen gehender Rede führte derselbe ungefähr folgendes aus: Brutaljugend sucht jede Klasse ihre Lebenslage zu verbessern. Leider gibt es noch viele Arbeiter, auch viele Maurer, die mit ihrer schlechten, menschenunwürdigen Lage zufrieden sind. Dies müsse anders werden; jeder müsse sich dem Ganzen anschließen, um das zu erkämpfen, was das Unternehmertum freiwillig nicht gibt. Was die Maurer Stuttgarts vor Allem analysieren hätten, sei die gefährliche Arbeitszeit, ein anständiger Minimallohn, menschenwürdige Behandlung, achtstündige Arbeitszeit, Auszahlung auf der Arbeitsstelle, Errichtung von Wandbänken, größere Sicherheitsmaßregeln und die Verschärfung der Bestimmungen bei der Einstellung der Ausländer gegenüber. Die Fachorganisation ist für den Arbeiter das, was für den Bauer die Hagelversicherung ist. In allen Ländern führt das Protestariat daran, die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit werden immer mächtiger und auch die Maurer werden gezwungen sein, ihre Organisation international zu gestalten. Durch die Organisation wird die Solidarität und das Selbstgefühl der Arbeiter gestärkt. „Rechtzeitig seid Ihr Mitteil, vereinigt Alles; nun wachet,“ schloß der Redner seinen mit vielem Weisheit aufgenommenen Vortrag. In seinem Schlusswort lobte der Referent noch auf die politische Organisation und die Bedeutung der Arbeiterpresse hin und empfahl deren weitestehende Verbreitung. Der Vorsitzende richtete noch einige tröstliche Worte an die Versammlung und erklärte dieselbe alsdann für geschlossen.

Freiburg. Der Streik der Maurer Freiburg hat eine unglückliche Wendung zum Nachtheile der Streikenden genommen. In der am 1. Juni. stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, da wir den Bezug nicht mehr erhalten können, den Streik vorläufig als beendet zu erklären, jedoch mit der Bedingung, daß der Bezug serfgehalten wird. Die Schuld an dem Verorengehen des Streiks trifft größtenteils die auswärtigen Kollegen, welche sich durch falsche Vorpiegelungen hierher locken ließen. Bevollmächtigter Tauscher forderte die anwesenden Kollegen auf, die Organisation hochzuhalten, damit wir nicht zum Spielball des Kapitalismus und des Unternehmertums werden. Daß aus den Gegenden des benachbarten Württemberg und Hohenzollern die meisten Streikbrecher gekommen, sei leicht erklärlich, da in diesen Gegenden, mit Ausnahme von Stuttgart, keine Organisation sich befindet. Die „Kassierung“ dieser Leute gehehe bloß durch das Pfaffenhum, welches es eine schwere Aufgabe ist, diese Leute zu bewegen, sich der Organisation anzuschließen. Die Weiteren ermunterte der Bevollmächtigte die Kollegen, die Agitation in reger Weise zu betreiben, damit wir das nächste Mal stark sind, um unsere Forderungen durchzuführen zu können. Nunmehr folgte Schluß der Versammlung um 9 1/2 Uhr.

Stuttgarter. Eine öffentliche Stuttgarter-Versammlung fand am 28. Mai im „Bürgerbau“ statt. Diefelbe beschäftigte sich mit dem von den Arbeitgebern unseres Gewerbes eingegangenen Antivortvortreiben auf unsere Eingabe vom 10. Mai, Arbeitszeitverkürzung betreffend. In unferem an die Arbeitgeber geschickten Schreiben hatten wir in genügender Weise die Gründe angegeben, die uns veranlassen, an Stelle der bisherigen zehnständigen eine neunständige Arbeitszeit zu verlangen. Das Akkordehystem, das in unferem Gewerbe am schlimmsten entfaltet ist, fordert von jedem Einzelnen den größten Mißbrauch seiner Arbeitskraft und trägt systematisch dazu bei, die Sozialität unter den Stuttgarter zu vernichten; das „Befristungsaushalten“ wird auch durchweg am gros betrieben, denn nach einer im vorigen Jahr aufgenommenen Statistik kamen auf durchschnittlich 80 hier beschäftigte Geschäften 30 Befristung, die nach Überhandener Befristung, gezwungen durch die Verhältnisse, in ihrer Befristung als „Lohnbrüder“ Verwendung suchen. Bei Befristung der Arbeitszeit würden sich zusehends die angeführten und beschriebenen andere Mißstände etwas mildern lassen und einen Nutzen würde jeder Kollege ohne irgend welche Benachteiligung der Arbeitgeber davon haben. Von den Arbeitgebern haben sich einige theils mündlich, theils schriftlich mit der Reduzierung der Arbeitszeit unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der Tagelohn entsprechend der Arbeitszeit vergrößert wird; der Verein selbstständiger Bildhauer für Bau-Decoration theils schriftlich mit, daß die gegenwärtigen Verhältnisse noch nicht erlauben, unseren Vorschlägen beizutreten. Herr Bildhauer Schulz, Streifenstraße, bei den Stuttgarter schon zur Wendung bekannt, schickte uns unsere Eingabe mit Bemerkungen zurück, die das ganze Uebelvermögen des Herrn Schulz treffend charakterisieren und den Unwillen der Versammlung hervorriefen. Nicht das St. Uninn, Herr Schulz, was wir geschrieben haben, sondern Uninn ist, wenn Jemand Kritik an Sachen äßen will, für er erlaubt gar kein Befristungs hat. Nach einer lang ausgeübten Debatte ward schließlich ein Antrag angenommen, welcher besagt: Für Einführung der neunständigen

Arbeitszeit einzutreten und eher auf eine der Arbeitszeitverlängerung entwerfende Lohnreduktion einzugehen, als wie die bisherige Arbeitszeit weiter beizubehalten. Die Kommission ward beauftragt, den Arbeitgebern diesen Beschluss in geeigneter Weise mitzutheilen. Nachdem noch der Antrag der Agitationskommission bekannt gegeben und mitgetheilt wurde, daß die Wiener Kollegen mit ihrer Forderung nach dreihöchstens Strenge (regelmäßig durchgenommen, ward beschlossen, in kurzer Zeit eine Versammlung einzuberufen, die sich hauptsächlich mit dem Anruf der Agitationskommission beschäftigen soll.

Gingefandt.

Aus Hamburg.

Der Vorsitzende des Verbandes der Bauarbeiter versucht in der Nr. 11 f. des „Arbeiter“ nachzuweisen, daß die Maurer Alneburgs und die Verbandsleitung der Maurer an dem verunglückten Streik in Alneburg die Schuld tragen. Soweit meine Person und der Verband, dem ich angehöre, die Ehre habe, in Frage kommen, wolle ich den gemachten Vorwurf entkräften. Über auch den Maurern Alneburgs kann ein Vorwurf nicht gemacht werden; drei Maurerparlierer repräsentieren denn doch nicht die Gesamtheit. Wenn Herr Krens in seinem Artikel, der, nebenbei bemerkt, sehr sehr scharf geschrieben sein muß, noch darauf hinweist, daß sich Maurer an einem Baustell zum Fügen selbst zurück gemacht haben, so beweist er damit seine völlige Unkenntnis auf dem Gebiete des Bauwesens. Kein Maurer läßt sich Fall z. u. m. fügen von einem Bauarbeiter anmachen, das befohrt er selber. In dem Artikel heißt es weiter: „Daß die Anklagen von Kober von großer Bedeutung waren, kann man schon daraus ersehen, daß er der Streikkommission erklärte: Bevor Ihr in einen Streik eingetreten wäret, hätte ich Euch Woche M. 1 bis 2 zurücklegen sollen, sie wäret noch garnicht, was ein Streik bedeute.“

Der Sachverhalt ist folgender: Das Streikcomité bestellte sich, daß in der vorhergehenden Woche nur M. 1,50 bis höchstens M. 2 an Streikunterstützung gewährt werden konnten, da nicht mehr Geld vorhanden war. Darauf bemerkte ich, daß man, bevor man in einen Streik eintritt, auch dafür sorgen müsse, daß mindestens so viel Geld vorhanden sei, um die ersten dringendsten Ausgaben selbst zu bestreiten, und da sie, die Bauarbeiter Alneburgs, sich schon zwei Monate vor Beginn des Streiks mit der Lohnfrage beschäftigt hätten, so wäre es auch ihre Pflicht gewesen, die Unterhaltungsfrage in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Oder sind Sie, Herr Krens, der Ansicht, daß das Auerbachsches Gesetz die Maurer verpflichtet sind, aus ihren Verbandskassen sofort beim Ausbruch eines Streiks der Bauarbeiter die notwendigen Ausgaben zu bestreiten? Eine weitere Behauptung, ich hätte dem Schiffsführer verboten, sich Notizen zu machen, ist ebenso absurd, wie noch manches Andere in seinem Artikel von Herrn Krens unrichtig dargestellt ist. Ob ihn dafür die Schuld trifft, vermag ich nicht zu beurtheilen; sicherlich hat er jedoch gehandelt, daß er, ohne bei e. d. Stelle vorher gehört zu haben, erwiderte Antworten als Wahrheit ausgiebt.

Wenn Herr Krens am Schluß seines 1—gen Artikels den Maurern mangelnde Solidarität vorwirft, so glaube ich nicht nöthig zu haben, diesen Vorwurf noch besonders zurückzuweisen; eine solche Behauptung kann nur der Unwissenheit über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung entspringen sein. Für diesmal sind Sie entlassen, Herr Krens.

Hermann Kober.

Aus Hamburg.

In Nummer 20 des „Grundstein“ befindet sich ein Aufsatz an die Stuktureure Deutschlands, unterzeichnet von der Agitationskommission der Berliner Kollegen. In demselben werden die deutschen Stuktureure aufgefordert, Stellung zu nehmen zu einer Konferenz, die die unterzeichnete Kommission beabsichtigt einzuberufen. In der Motivierung des Aufsatzes heißt es, daß durch die schlechte wirtschaftliche Lage einerseits und durch das Weichen und Gehen um die Organisationsform andererseits die Interessenlosigkeit der Kollegen gegenüber der Organisation sehr groß sei und es dadurch dem Unternehmensgeist leicht sei, die Wöthe zu drücken. Es muß zugegeben werden, daß, wenn die Organisation der Stuktureure kräftiger wäre, als wie sie ist, die Wöthe trotz der großen Arbeitslosigkeit, die in unserem Beruf augenscheinlich vorhanden ist, nicht hätten so tief herabgedrückt werden können. Dacin soll eben die Kraft der Organisation liegen, bei einer schlechten Konjunktur das Sinken der Wöthe zu verhalten, und ist eine Organisation dazu außer Stande, so haben die Mitglieder derselben alle Ursache, die Organisation auszubauen und zu kräftigen.

Daß die Stuktureure den Werth der Gewerkschaftsorganisation bis heute noch ganz erkannt haben, zeigt sich jetzt. Es kann aber keinenfalls zugegeben werden, daß der Streik um die Form der Organisation (von Berlin ist abzusehen) die Interessenlosigkeit vermehrt haben soll, umso mehr, da vom Verband nichts gethan worden ist, was den Streik gestützt hätte; wir haben die Kollegen in der Lokalorganisation ruhig gewähren lassen, wir sind überzeugt, daß auch die Berliner Kollegen sich zu einer anderen Ansicht durchbringen und sich dem Verbandsangehörigen werden, der Beweis dafür ist vorhanden, indem die Frage der Organisationsform schon seit einer geraumen Zeit auf der Tagesordnung der öffentlichen Versammlungen der Berliner Kollegen zu finden ist. Es ist auch nicht zu verstehen, wenn es weiter heißt, daß alle Streitpunkte und Fragen, in denen sich unsere Ansichten gegenüberstellen, bei Seite gelegt werden sollen, und hinterher in der vorläufigen Festsetzung der Tagesordnung auch Beschluß gefaßt werden soll über die Organisationsform; es muß doch der Kommission klar sein, daß allein bei diesem Punkte der Streit wieder entbrennen wird, wenn namentlich, wie es in Stuttgart war, die Berliner Delegirten erklären, in dieser Frage wäre mit ihnen nicht zu verhandeln, sie beharren auf ihrem Standpunkt.

Für die im Verband organisirten Kollegen kann es ein Beschluß sein, ob Lokalorganisation oder Verband, nicht mehr bereuen, und dem Verband zugewandt zu haben, und sind wir uns darüber klar, daß an dem Verbands nicht geteilt werden darf, so sind für uns die Punkte 4, 5, 6, 7 und 9 erledigt. Ueber die beiden anderen Punkte wird der Verband auch zu geeigneter Zeit wissen, was geschähen soll. Wollen die Berliner Kollegen eine Einigung erzielen, so mögen sie sich dem Verband anschließen. Jedenfalls werden wir erwarten können, daß der

Zentralvorstand bald seine Stellung, die er gegenüber der Einberufung der Konferenz einnimmt, öffentlich festlegt, und ist es dann an der Zeit, daß die Fiskalen sich mit dieser Frage beschäftigen.

F. Eitzenfeld.

Aus Schwedt a. O.

Werthe Kollegen! Wie Ihr wißt, ist der Streik am hiesigen Orte noch nicht beendet, und möchten wir doch bitten, den Bezug nach hier fernzuhalten. Laßt Euch nicht verlocken durch die Messer, indem dieselben ausposaunen, der Streik sei beendet und die Arbeit in demselben Maßstabe wieder aufgenommen. Außer bei Meister Pappe, welcher sich aus Einzelberg und Hellin Gesellen schiden ließ, aber verschwie, daß seine Gesellen sich im Streik befinden, haben fremde Jugereiste und hiesige Kollegen die Arbeit nicht aufgenommen. Als nun die unter Verschwieigung des wahren Zustandes hiesiger Gelodeten aus dem Bahnhof ankommen, waren sie arg enttäuscht. Sie wurden mit Polizei abgeholt und auch zur Baustelle geführt und wurden so erst gewahrt, was die Streikenden vorhatten. Als die streikenden Kollegen zu der Baustelle kamen, um die Streikbrecher von dem wahren Sachverhalt zu unterrichten, wurden sie gewahrt, daß den streikenden nicht bezuflommen war, weil sie unter Polizeiaufsicht standen. Es werden diese Leute von ihren Veranden nach der Baustelle und von der Baustelle nach den Veranden wieder zurückgeführt, immer unter Polizeiaufsicht. Gerade wie Sträflinge, welche unter Bewachung der Beamten stehen, werden die Maurer beim Meister Pappe behandelt. Dieser Mann denkt die streikenden Kollegen auszulauern zu können, worüber er sich schon mehrere Male ausgelassen hat, es wird ihm aber nicht gelingen. Es ist möglich, daß die betreffenden Meister noch eher verhandeln, als wir. Denn natürlich genug sieht es aus, sonst wärd die Herren Unternehmer nicht den betheimerten Arbeiter heranziehen. Es ist ein trauriges Bild der Menschheit, wenn man sieht, wie weit die Arbeiter gestunken sind. Um Ihre Lage zu verbessern, suchen sie sich immer tiefer herabzudenken, indem sie sich dem Unternehmensgeist preisgeben. Wir rufen den Kollegen zu, unsere Meinung beachten zu wollen und nicht nach Schwedt als Streikbrecher zu kommen. Mit kollegialischem Gruß

Die Streikkommission.

Geriichts-Chronik.

Das Schöffengericht in Freiburg i. Br. verurtheilte in seiner Sitzung vom 31. Mai d. J. die Maurer Fromm und Buchardt zu 6 resp. 3 Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung. Beide Angeklagten waren streikende Maurer und beauftragt, zur Abwehr des Zugusses die Wassertröge zu kontrollieren. Bei dieser Gelegenheit begegnete sie dem Architekten Schmidt, der sich sofort in beschimpfenden Ausdrücken gegen die Streikenden erging und, darüber zur Rede gestellt, seinen Dolch zog und dem ersten Angeklagten die Hand durchschlug. Natürlich erhielt er für diese That eine gebührende Strafe. Als aber die Sache vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, sah Herr Schmidt nicht, wie man erwartet hatte, auf der Anklagebank, sondern war als Zeuge erschienen. Die Vorunteruchung hatte nämlich merkwürdigerweise ergeben, daß der gekündete Arbeiter aus Mangel an Geld sich bei dem Meister des Herrn Schmidt hineingerannt war! — Verhältnißmäßig schloßen sich die Freiburger Bourgeois ihren übrigen Kollegen in Deutschland an, ob es ihnen Noththat bringt, wird hoffentlich die Zeit lehren.

Das Verhängnisvollste der Innungsmeister war kürzlich Gegenstand einer Verhandlung vor dem Ger. d. Landgerichts. Es wird darüber von dort berichtet: „Ein Bauunternehmer und ein Zimmermann waren je mit einem Strafbeschl. vom M. 20 bestraft worden, weil sie entgegen dem Beschl. des hiesigen Bezirksausschusses vom 30. Dezember 1889, daß der hiesigen Baugewerkschaft nicht angehörige Arbeiter, die ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in dieselbe befähigt sein würden, keine Bezahlung halten dürfen, Bezahlung beschl. gegen diese Strafbefehle hatten die richtige Entscheidung beantragt, da sie behaupteten, nur Arbeit zu suchen befähigt zu haben. (Nach Erhalt des Strafbefehls hatten sie übrigens diese Bezahlung entlassen.) Da das Schöffengericht in solgedessen die Angeklagten freisprach, legte der Staatsanwalt Berufung ein. In der Berufungsaussprache räumten die Angeklagten nur ein, Bezahlung gehalten zu haben, auch, daß sie solche nicht haben durften. Sie hätten aber nicht geglaubt, eine strafbare Handlung zu begehen, weil sie in die Innung nicht aufgenommen worden sind, da sie keine theoretische Vorbildung genossen haben. Zur Aufnahme in die hiesige Innung wären sie also nicht befähigt gewesen. Es soll hierbei noch bemerkt werden, daß beide Angeklagte seit Jahren selbstständig sind, der Bauunternehmer auch der Ger. d. hiesigen Baupolizeibehörde in einem anerkennenden Zeugnis befähigt ist. Trotz oder gerade wegen dieser veränderten Sachlage verwarf das Berufungsgericht die Berufung. Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision verwies das Oberlandesgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Berufungsgericht, das nach den Anhebungen des Berufungsgerichts die Strafbefehle als zu Recht bestehend anerkannte. Die Ansicht, daß die Angeklagten durch ihre Unfähigkeit, in die Innung aufgenommen zu werden, nicht unter das Verbot des Haltens von Lehrlingen fallen, sei eine irrige; es müsse vorausgesetzt werden, daß der Arbeitgeber, der den gesetzlichen und sonstigen Anforderungen der Aufnahme in die Innung nicht entspreche, auch zum Halten von Lehrlingen nicht berechtigt ist.“

Die Unternehmer zu schützen gegen die Maßregel des Boykotts hat das oberste Gericht des Staates Ohio (Nordamerika) unternommen. Es hat, offenbar dem Einfluß kapitalistischer Kreise Folge gebend, den Boykott für ungesetzlich und strafbar erklärt. Das Gericht erklärte, daß Leute, über welche ein Boykott verhängt worden ist, zu einem Schadenersatz von Denzelnigen berechtigt sind, welche die Urheber und Unterhändler des Boykotts sind. Sogar die Vertheilung oder Aussetzung von Aktien an die Mitglieder von Unionen oder andere Leute, in welchen auf einen Boykott lediglich aufmerksam gemacht wird — und dies findet zweifellos auch auf die Presse Anwendung — ist nunmehr in Ohio eine strafbare Handlung, und der einfache Beweis, daß durch solche Aktien oder auf andere Weise Mittelungen von einem Boykott gegen die Firma gemacht wurde, ist genügend, um den Leuten, welche man schädigen wollte, einen Schadenersatz zu sichern, wenn sie die am Boykott Theilhabenden gerichtlich verfolgen.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Erscheint in Berlin SW, Wehrstr. 2.) Zu beziehen durch alle Zeitungsbelegstellen. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsbelegstelle pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80. Nr. 18 vom 31. Mai hat folgenden Inhalt: Wochenplan. — Die Sozialdemokratie in Ungarn. — Zur Psychologie des Verbrechens II. — Parteinachrichten. — Wie man es handelt.

Die Wahl in Plauen. — Zur Wahl in Elmshorn-Binnenberg. — Flugblättervertheilung bei den Wahlen. — Der Legistenarbeiterverband in Sachsen. — Die Sozialdemokratie in Rumänien. — Die Agrarfrage auf dem ungarischen Parteitag. — Amerikanische Farmerarbeiter. — Die französische Eisenbahnarbeiter. Soziales aus Gerhart Hauptmann I. — Gemeinlichkeits. — Sozialstatistisches. — Arbeiterklub. — Tobtenliste. — Vermischtes. — Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. V. W. Dietz Verlag) ist soeben das 35. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Klassenkämpfe. — Die Preisverhältnisse in Oesterreich. Von Dr. J. Ingauer. — Eine neue Geschichte der Trade-Union-Bewegung in England. Von Eduard Bernstein. — Der Schuß der jugendlichen Arbeiter. Von J. Nothmann. — Commonweal and Industrial armies. Von Philipp Rappaport. — Notizen: Nothmanns mancherlei Drähte. Von F. Wehling. — Feuilleton: Lebensbilder aus England. Von Andr. Schen. III. Des Herzogs Weite. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Beiblatt für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. V. W. Dietz Verlag) ist uns soeben die Nr. 11 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Klassenkampf in die Wohnung. — Die Verhältnissfrage im Reichstage. — Wöderne Elaverei. — Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Berliner Krugen- und Manufakturfabrikation. — Feuilleton: Die Engelmachern. Ein Berliner Sittenbild. Von Max Kreyer. (Schluß.) — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

Paul Lafargue, Kommunismus und Kapitalismus. Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. Uebersetzt von R. Bernstein. Berlin 1894. Verlag des „Vorwärts“, 32 Seiten. Preis 20 c.

Eine treffliche Broschüre in guter Uebersetzung, die man als werthvolle Bereicherung unserer Parteiliteratur bezeichnen kann. In klarer, allgemein verständlicher Sprache wird die ökonomische Entwicklung, die Steigerung der Produktivität der Maschinen, die Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten, alle Momente, die zum Kommunismus führen, dargestellt. Wir können das gut ausgestattete Schriftchen, ein Separatabdruck einer Artikelserie aus dem „Sozialdemokrat“, unseren Lesern auf's Warmste empfehlen.

Leipziger Ratherraths-Prozess 1872 wider Rebel, Rebnacht und Depper. Mit einer historischen Einleitung von Wilhelm Rebnacht. Neue Ausgabe in 20 Lieferungen von je 48 Seiten 8 v. a 20 c.

Das Werk ist für jeden Parteigenossen, der die Geschichte der Partei kennen will, geradezu unentbehrlich, denn alle Vorgänge in der Partei seit ihrer Gründung, ihre Beschlässe und Aktionen, die Korrespondenz der Angeklagten und des Partei-Ausschusses mit Genossen und Politikern im In- und Ausland — Alles liegt hier gesammelt vor. Das Buch ist daher auch für jeden politisch denkenden Staatsbürger ein reichliches politisches Quellenwerk und ein Arsenal der gesammelten sozialistischen und revolutionären Literatur bis in den Anfang der 70er Jahre.

Das zweite Heft dieses den Genossen auf's Warmste zu empfehlenden Leseerwerkes ist soeben erschienen. In demselben wird die Vorrede Rebnacht's zu Ende geführt und mit dem Berichte über die Verhandlungen begonnen, in denen die von der Siebener Polizei überhandt rüberromantische Biographie Rebnacht's trotz aller Ableugnung als Nachwort des Polizeidirektors- und Spitzel-Chefs Sieber-Wermuth entlarvt wurde.

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 10, 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

Sarburg, Fr. M. Sie müssen das Schulgeld bezahlen. Wilhelmshaven-Bank? Bevor Sie nicht Ihren Namen und Adresse angeben, kann der Bericht nicht aufgenommen werden.

An die deutschen Stuktureure, Gipser und verwandten Berufsgenossen!

Begrußend auf den Anruf des Vertrauensmannes der Berliner Kollegen, F. Ehrlich, zwecks eines Kongresses im August d. J. in Berlin, steht sich der Hauptvorstand genüthigt, den Theilhabenden Folgendes zur Kenntniss zu bringen. Vor einigen Wochen lagte eine öffentliche Versammlung der Berliner Kollegen den Beschluß, dem Central-Vorstand beizutreten. Kurz nachher gelangte an den Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Oberthal in Köln, ein Schreiben des Vertrauensmannes Kleinert, worin er mittheilt, daß er, wie die Einzelheit in der Organisation der Stuktureure wieder herzustellen, im August einen Kongress nach Berlin einberufen wolle, und fragt gleichzeitig an, ob wie dafür Sorge tragen würden, daß der Kongress von jeder unserer Fiskalen besucht werde.

Der Vorstand sah sich im Interesse der Organisation verpflichtet, dem Kollegen Kleinert hierauf zu erwidern, daß es doch vorab unbedingt nothwendig sei, die Vertrauensmänner der Berliner Kollegen möchten den Beschluß genannter Versammlung behufs Anschluß an den Verband mit allen Mitteln zur Ausführung bringen. Es liegt in der Pflicht des Vorstandes, wenn irgend möglich in diesem Jahre einen Verbandstag einzuberufen, und dann könne man ja nach dem Eintritt in Anrechnung bringen, daß der Verbandstag in Berlin stattfinden.

